

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II., S. 509—524

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

8. August 1919

Die Wichtigkeit der englischen Farbstoff-industrie für den Staat.

In der Jahresversammlung der Society of Chemical Industry hielt in London am 17./7. 1919 Dr. Herbert Levinstein einen Vortrag folgenden Inhalts:

Aus vier Gründen ist der Erfolg der Farbstoffindustrie von vitaler Bedeutung für den Staat. Erstens ist sie eine Schlüssel-industrie. Man könnte vielleicht sagen, daß es unserer Textilindustrie bis zum Kriege sehr gut ging, obgleich sie von Deutschland für die Lieferung dieser Erzeugnisse abhängig war, und daß jetzt, wo der Krieg vorbei ist, nicht die gleiche Notwendigkeit besteht, uns gänzlich unabhängig von Deutschland für den Farbenbezug zu machen. Das wäre aber ganz falsch. Niemand kann so denken, der mit den Methoden und der Geschichte des großen deutschen Anilinfarben-trusts vertraut ist, der 1915 geschaffen wurde. Die Verhandlungen darüber waren im August 1914 sehr weit vorgeschritten und ihr Abschluß war nicht, wie allgemein angenommen wird, dem Kriege zuschreiben, sondern die Krönung einer schon lange beschlossenen Politik. Wäre der Krieg nur ein wenig später gekommen, so wäre der Ring geschlossen gewesen und die englische Textilindustrie würde einen scharfen Unterschied hinsichtlich der Bedingungen des Farbstoffbezuges zu fühlen bekommen haben. Heute ist dieser Trust — bekannt als J. G. — die mächtigste Waffe, die die Deutschen besitzen; denn er war und ist im Frieden, wie im Kriege, ein Werkzeug der deutschen Regierung. — Es ist undenkbar, daß wir freiwillig dem J. G. gestatten sollten, wesentlichen Industrien die Bedingungen zu diktieren, zu denen sie ihre Farbstoffe beziehen können und dem J. G. die Macht lassen sollten, uns nützliche als gar wesentliche Waren vorzuenthalten oder englischen Verbrauchern einen höheren Preis dafür abzufordern als den einheimischen Textilindustriellen. Das aber wäre ohne den Krieg Englands Lage gewesen und würde sie heute sein, ohne die außerordentlichen Anstrengungen, die während des Krieges unter den denkbar größten Schwierigkeiten gemacht wurden, um in England eine Farbstoffindustrie zu schaffen. Wenn diese Anstrengungen nicht von Erfolg gekrönt sind, so ist die Textilindustrie nicht sicher. Die wirkliche Gefahr der Abhängigkeit von Deutschland für Farbstoffe lag nicht in dem Risiko einer möglichen Abschneidung der Zufuhr während eines Krieges mit Deutschland, sondern darin, daß das Weltmonopol, das Deutschland besaß, unmerklich eine verzweifelte Bedrohung der Freiheit unseres Textilgewerbes wurde. Es ist von größter Bedeutung, daß dies allgemein anerkannt wird. Zweitens ist die Farbstoffindustrie für die nationale Verteidigung als eine Friedensgarantie nötig. Ich bitte Sie, die Leistung des deutschen Kartells im Kriege zu betrachten. Die Herstellung von Sprengstoffen im blockierten Deutschland war nur möglich, weil der J. G. das Habersche Verfahren gehört, das sie im Kriege in hohem Maße entwickelte. Jede Fabrik der J. G. ist entweder ein Arsenal oder ein mögliches Arsenal großen Umfangs, das imstande ist, heute große Mengen von Zwischenprodukten und Farbstoffen zu machen und 24 Stunden später auf die Herstellung staunenswerter Mengen von Giftgasen umgestellt zu werden. Der militärische Wert der chemischen Kriegsführung wird wegen des darüber gebrückten Geheimnisses nur wenig begriffen, aber wir dürfen deshalb seine Bedeutung nicht unterschätzen. Der Gaskrieg entwickelte sich zu einem Kampf zwischen der Gasmaske und der Entdeckung neuer Gase, die die Gasabwehr durchdrangen. Alles kam auf die Überraschung an, und eine Überraschung verlangt, um wirksam zu sein, große Materialmengen. In England mußten, in fast jedem Fall neue Anlagen geschaffen werden. Das brachte große Verzögerungen mit sich, ehe das Gas im Felde verwandt werden konnte, und diese Anlagen sind für Friedenszwecke wertlos. In Deutschland übernahm die J. G. die ganze Fabrikation und stellte das Material für den Gebrauch im Felde in viel kürzerer Zeit her. Ihre Anlagen sind von großem Friedenswert. Bliebe Deutschland das einzige Land, das solche Fabriken besaß, so bestände aller Anreiz für Deutschland, sie zu Angriffszielen zu benutzen; denn es hätte keinen Grund Vergeltungsmaßregeln zu fürchten. Es wäre denkbar, daß sich Deutschland daraufhin sicher fühlte, eine strategische Überraschung herbeiführen zu können. Deshalb ist die Schaffung von Anlagen gleicher Größe in England auf gesunder Grundlage eine der ersten Garantien des Friedens.

Sir William Pope erklärt, daß das in England benutzte Verfahren zur Herstellung von Senf-Gas (mustard gas) 30 mal so wirksam und so billig war wie das deutsche. Wir wissen jetzt, daß das deutsche

Verfahren zur Herstellung dieses Gases nicht das Geringste mit den wissenschaftlichen Chemikern im Staatsdienste zu tun hatte. Die J. G. entschied darüber und das Verfahren, das sie auswählte, war das beste ihr bekannte. Unsere wissenschaftlichen Berater fanden dies Verfahren schwierig. Hätten sie sich sofort an unsere Farben-industrie gewandt, so hätten wir ihnen zeigen können, wie man die Reaktion ohne jede Schwierigkeit in großem Maßstabe ausführte, genau wie es die deutsche Farbstoffindustrie tat. Die erfolgreiche Herstellung von „Senfgas“ in England und Amerika begann, als die Farbstoffindustrie sie aufnahm. Wir taten es aus eigener Initiative und machten 6 Wochen später Senfgas in großem Maßstabe. In dieser kurzen Frist wurde ein neues Verfahren — nicht das deutsche — entwickelt und eine Anlage ihm angepaßt, aber die englische Farbstoffindustrie wurde nicht, wie es hätte geschehen sollen, von Anfang an um die Herstellung des Senfgases gebeten. Ich bitte mich nicht mißzuverstehen. Ich befürworte nicht den Bau von Farbstofffabriken zur Herstellung von Giftgasen. Ich sage nur: Wenn die Deutschen ihr Farbstoffmonopol behalten, so haben sie auch eins für die rasche Herstellung von Giftgasen und dann ist die Welt für friedliche Leute nicht sicher.

Drittens: Sehr wenig Leute machen sich klar, in wie kleinem Maße neue Industrien, die aus neuen Erfindungen hervorgehen, in England in neuerer Zeit geschaffen worden sind im Vergleich zum Auslande, besonders zu Deutschland. Im ganzen wird das Land die meisten chemischen Erfindungen hervorbringen, das die größte Zahl ausgebildeter Forschungchemiker hat. Auf dem Felde der Entdeckungen wie auf dem Schlachtfelde entscheidet die Zahl. Wie Pasteur so gut gesagt hat: Auf dem Gebiete der Entdeckungen begünstigt der Zufall stets den Forscher. Es gibt außer der Farbstoff-industrie keine, die sich eine große Zahl organisierter chemischer Forscher halten könnte. Da sie von Forschungen lebt, werden fortwährend neue Baulichkeiten und Anlagen für die Herstellung neuer Erzeugnisse errichtet. Das zieht die Verwendung weiterer Chemiker nach sich, die der Regel nach den Forschungsabteilungen entnommen werden, wo sie wieder durch neue von den Universitäten kommende Forscher ersetzt werden. Zum erstenmal können junge Chemiker einer Karriere in der industriellen Forschung sicher sein, der reizvollsten als trügerischsten und schwierigsten Arbeit, die unserem Beruf offen steht.

Viertens: Die deutsche Farbstoffindustrie war die wichtigste Waffe, die Deutschland für friedliche Durchdringung besaß. In Amerika zeigt Mitchell Palmer, daß die Farbstoffverkaufsorganisation der J. G. Firmen von der deutschen Regierung sowohl vor dem Kriege wie während desselben zu Spionagezwecken benutzt wurde. Die friedliche Durchdringung Rußlands und anderer fremder Länder durch Deutschland war einer der Gründe, die zum Kriege führten. Es ist unsere Pflicht, denen unter unseren Verbündeten, die nicht eine ausreichende einheimische Industrie besitzen, eine andere Bezugsquelle für Farbstoffe als die deutsche zu eröffnen. Handelsfreiheit für die Textilindustrie Englands und seiner Bundesgenossen zu sichern ist ebenso wichtig wie die Sicherung der politischen Freiheit.

Die Lage läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Es wäre nach dem Abschluß des schrecklichen Krieges, der für die Sicherung unserer Ideale politischer Freiheit durchgefoughten wurde, ein Wahnsinn, uns nicht wirtschaftlich von Deutschland unabhängig zu machen.

2. Es wäre ein Wahnsinn, Deutschland im alleinigen Besitz von Fabriken zu lassen, die, weil sie als Arsenale dienen konnten, und in dem großen Kriege einzig dastanden, ihm ermöglichen, diesen Krieg drei furchtbare Jahre und länger zu führen.

3. Es ist uns unmöglich, unsere Handelsvormachtstellung zu behaupten, wenn wir die einzige Chance, das Erfindungstalent unserer Chemiker zu organisieren, fortwerfen.

Obgleich Deutschlands militärische Niederlage vollständig ist, kann es doch durch seine Farbstoffindustrie sein früheres Übergewicht über Europa wieder gewinnen. Deutschland erkennt diese Tatsache und bemüht sich mit allen Kräften und Listen, seine Handelsvorherrschaft in der Farbstoffindustrie wiederherzustellen. Seine Propaganda tritt in der Presse und nicht nur in der deutschen und neutralen in die Erscheinung.

Aus meinen Ausführungen ergibt sich, daß eine ungeheure Verantwortung auf den englischen Chemikern lastet; ich denke, sie wird völlig gewürdigt. Während des Krieges haben unsere Chemiker gute Dienste geleistet, Opfer gebracht und Risiken auf sich genommen, wie es auch, besonders von Kellaway (Unterstaatssekretär im Munitionsministerium) in schöner Weise anerkannt worden ist. Darüber

aber müssen wir uns klar sein. Die wirkliche Last des Krieges wurde nicht von den Chemikern und Ingenieuren getragen, sondern von unseren unbezwingbaren mutigen und hartnäckigen Soldaten. Die wirkliche Kriegsarbeit unserer Chemiker liegt noch vor ihnen; denn ihnen liegt es ob, in den allernächsten Jahren die Möglichkeiten zu sichern, die uns die Soldaten errungen haben, deren Nutzung uns aber deutsche Chemiker noch vorenthalten können. Im Endstadium des Kampfes, von dem der Waffenzusammenstoß nur der erste Gang war, wird die Arbeit des Chemikers der entscheidende Faktor sein. Wenn der Chemiker den ihm zukommenden Platz als Führer in unserer Industrie einnehmen will, muß er der erste sein, der sich aus der Woge der Kriegs- und Arbeitsmüdigkeit, die uns zu verschlingen droht, herausringt. *Ec.**

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

England. Liberale Handhabung des Chemikalien-einfuhrverbots. Das „Board of Trade“ macht bekannt, daß, wenn auch das Einfuhrverbot vom 25./6. 1919 u. a. die Einfuhr sämtlicher Chemikalien verbiete (vgl. „W. N.“ S. 1346), die Bestimmungen desselben lediglich aus verwaltungstechnischen Rücksichten so umfassend gehalten seien, und daß gegenwärtig nicht die Absicht bestehe, über eine Kontrollierung der Einfuhr gewisser Chemikaliensorten von hohem Reinheitsgrad hinauszugehen. Die Abteilung für Einfuhrbeschränkungen wird daher in kürzester Zeit allgemeine Lizzenzen für eine große Anzahl nicht zu dieser Gruppe gehöriger Chemikalien erteilen und außerdem die Einfuhr beschränkter Mengen der unter Kontrolle stehenden Chemikalien in geeigneten Fällen gestatten. Zu diesem Zweck wird der Abteilung ein Ausschuß zur Seite gestellt, der noch in der Bildung begriffen ist und sich aus Vertretern amtlicher, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Körperschaften der chemischen Industrie zusammensetzen wird. („The Board of Trade Journal“, London, vom 26./6. 1919.) *on.*

Dänemark. Zuckereinfuhrmonopol. Dem Reichstag wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der dem Staate das Alleinrecht auf alle Einfuhr von Zucker geben soll. Veranlassung zu dieser Maßnahme gibt die Wahrscheinlichkeit, daß Dänemark bei guter Ernte imstande sein wird, einen Teil seiner Zuckererzeugung auszuführen. *on.*

Deutschland. Neue Absatzbestimmungen über Ammoniakdünger. Unter Aufhebung der bisher bestehenden Bestimmungen über die Verteilung von Ammoniakdünger hat die Überwachungsstelle für Ammoniakdünger und phosphorthaltige Düngemittel neue Bestimmungen und Ausführungsbestimmungen erlassen, die in der Hauptsache anordnen: Jedes Erzeugerwerk von Ammoniakdünger, dessen Jahreserzeugung 30 t schwefelsaures Ammoniak oder andere ammoniakhaltige Düngemittel mit einem Inhalt von mehr als 6 t Stickstoff übersteigt, ist verpflichtet, nach Abzug von den für den Landabsatz und den auf besonderen Antrag für den Selbstverbrauch freigegebenen Mengen 50% seiner Jahreserzeugung an die „Landwirtschaft“ und 50% an den „Handel“ zu liefern, wobei die Gesamterzeugung der dem Stickstoffs syndikat angeschlossenen Werke als Erzeugung eines Werkes im Sinne dieser Bestimmungen gilt. Die neuen Bestimmungen gelten für die Zeit vom 1./8. d. J. ab. *ar.*

Verordnungen der Reichsstelle für Textilwirtschaft. Aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus ist unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums denjenigen Firmen, die unter Verletzung der Devisenordnung Textilwaren im Ausland gekauft haben, die Einfuhrbewilligung in Aussicht gestellt worden, wenn diese Käufe bis zum 3./12. 1918 geschehen, und die Waren bis zum 24./4. 1919 bezahlt worden sind. Diejenigen Firmen, die derartige Waren im Ausland besitzen, müssen diesen Besitz bis zum 1./8. 1919 bei der Reichsstelle für Textilwirtschaft, Auslandsabteilung zu Berlin, Jägerstraße 19, anmelden. Bei der Anmeldung sind anzugeben: Herkunftsland der Ware, der Verkäufer der Ware nach Art, Menge und Gesamtpreis, die Zeit des Kaufs und der Bezahlung. Kauftag und Zahlung sind durch Belege nachzuweisen. Denjenigen Firmen, die diese Anmeldung unterlassen, kann grundsätzlich eine Einfuhrbewilligung für die im Ausland gekauften und bezahlten Waren nicht mehr erteilt werden. — Bei allen Einfuhranträgen von Textilien, Rohstoffen und Erzeugnissen ist in Zukunft stets das Zollamt anzugeben, bei dem die zollamtliche Abfertigung der einzuführenden Ware erfolgen soll. Die Reichsstelle für Textilwirtschaft zu Berlin hat die Gebührenordnung für Einkaufs- und Einfuhrbewilligungen geändert. In Zukunft wird für Einkaufsgenehmigungen nur noch eine Einschreibebücher in Ansatz gebracht, die für Gesuche bis zu 10 000 M 3 M, bis zu 100 000 M 10 M, darüber hinaus aber 20 M beträgt. Von Einfuhrbewilligungen werden 2 vom Tausend erhoben, jedoch werden die nach der bisherigen Gebührenordnung etwa für die Einkaufsgenehmigung bereits erhöhenen 1 vom Tausend außer Ansatz gelassen.

Ist der Kauf vor dem 9./2. 1917 abgeschlossen, beträgt die Gebühr für die Einfuhrbewilligung gleichfalls nur 1 vom Tausend. Für Einfuhrbewilligungen auf textile Rohstoffe ist die Gebühr nur $\frac{1}{2}$ vom Tausend. Soweit die Bekanntmachung eine Erhöhung der Gebühren bedingt, hat sie rückwirkende Kraft vom 1./7. 1919 ab. („Voss. Ztg.“) *ll.*

— Ein- und Ausfuhrerleichterungen für die Leipziger Herbstmustermesse. Durch Verfügung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung sind die Zollstellen ermächtigt worden, die Einfuhr von Waren, die zur Ausstellung auf der diesjährigen Leipziger Herbstmustermesse bestimmt und als solche in den Begleitpapieren bezeichnet sind, ohne besondere Einfuhrbewilligung zuzulassen mit der Maßgabe, daß sie unter Zollkontrolle auf das Hauptzollamt I Leipzig abgefertigt werden, während ihres Verbleibs in Deutschland im Vormerkverfahren unter Zollkontrolle bleiben und die Verpflichtung zu ihrer Wiederausfuhr binnen drei Monaten dem Hauptzollamt I in Leipzig gegenüber sichergestellt wird. Zugleich sind die Zollstellen ermächtigt worden, die Wiederausfuhr der so behandelten Waren ohne Ausfuhrbewilligung zuzulassen. („Nachrichten“ 21, 1919.) *on.*

Wirtschaftsstatistik.

Die Kupferausbeute Japans. Die Kosten für Raffinierung des Kupfers sind zurzeit so hoch, daß es billiger ist, Kupfer in den Vereinigten Staaten zu kaufen. Der Gesamtverbrauch von Kupfer in Japan betrug im Jahre 1918 65 379 t. Die Vorräte am Ende des Jahres beliefen sich auf 1500 t. Im Jahre 1914 hat Japan 78 700 t Kupfer gewonnen, im Jahre 1917 122 379 t, dagegen ist die Gesamt-ausbeute 1918 auf 95 455 t zurückgegangen. Die Ausfuhr 1918 betrug 31 553 t gegen 71 052 t im Jahre vorher. Von der Ausfuhr im Jahre 1918 sind 8518 t nach Frankreich gegangen, 7418 t nach China, 5410 t nach England, 2437 t nach Britisch-Indien. („Eastern Engineering“ vom 26./6. 1919.) *ll.*

Im Jahre 1913 betrug Frankreichs jährlicher Kohlenverbrauch etwa 63 Mill. t, wozu die Eigenförderung 40 Mill. t betrug, während 23 Mill. t eingeführt werden mußten. Von der gesamten Eigenproduktion lieferte das große Kohlenbecken im Département Pas de Calais 20 Mill. t, das Département du Nord 7 Mill. t, das Département Loire 3,7 Mill., Blancy 2 Mill. t, Gard etwas weniger als 2 Mill. t. Die Kohlengruben in Lens förderten 1913 3,87 Mill. t, die in Aincin 3,41 Mill., die in Courrières 3,06 Mill. t. Die Einfuhr von 23,79 Mill. t verteilte sich wie folgt: England 11 Mill., Deutschland 7 Mill. und Belgien 5 Mill. t. Um den Kohlenbedarf Frankreichs während des Krieges, der angesichts der Anforderungen der Kriegsindustrie noch weit größer als im Frieden war, zu befriedigen, wandte man sich in erster Linie an England und setzte, zunächst mit Erfolg, eine Steigerung der Einfuhr aus diesem Lande durch. Die englische Kohlen-einfuhr, die im Jahre 1914 vorübergehend auf 10,76 Mill. t gefallen war, stieg im folgenden Jahre bereits auf 18,92 Mill. t und blieb in 1916 mit 18,17 Mill. t auf fast derselben Höhe. Aber auch diese erhebliche Steigerung genügte nicht, um den Ausfall der Erzeugung des nördlichen Kohlenbeckens und der Einfuhr aus Deutschland und Belgien wettzumachen. Mit allen Kräften wurde daher die Förderung in den Frankreich verbliebenen Kohlengruben gesteigert, und zwar mit recht gutem Erfolg. Die Erzeugung dieser Gruben betrug in normalen Zeiten jährlich rund 19 Mill. t. Die der Kriegserklärung folgende allgemeine Desorganisation ließ die Förderung zunächst um 60% zurückgehen; allmählich fing man indes an, diesen Gruben alle verfügbaren Bergarbeiter mit dem Ergebnis zuzuführen, daß bereits im März 1915 die alte Friedensförderung erreicht wurde. Im Oktober 1917 war die monatliche Förderung auf 2,78 Mill. t gestiegen, eine Ziffer, die um nur etwa 100 000 t hinter der Gesamtmenge der Eigenförderung und Einfuhr im Jahre 1914 zurückblieb. Die Einfuhr aus England dagegen ging infolge des U-Bootkrieges und der starken Inanspruchnahme der Transportmittel auf monatlich etwa 1,3 Mill. t zurück. Die gesamte Eigenförderung betrug (in Mill. t): 1918 24,45, 1917 26,70, 1916 21,47, 1915 19,87. Die Steigerung der einheimischen Kohlenförderung wurde nur ermöglicht durch die Entlassung einer ganzen Reihe von Jahrgängen gelernter Grubenarbeiter aus dem Heere, durch die Anwerbung der geflüchteten Bergleute aus den besetzten Gebieten und nicht zuletzt durch Einstellung von deutschen Kriegsgefangenen. Die zunehmende Verteuerung und Knappeit aller Grubenbedarfsartikel machte die Zentralisierung der Einkäufe für die Gruben notwendig. Im März 1918 bestanden 7 Einkaufszentralen für die Kohlengruben. Ihre Tätigkeit erstreckte sich auf folgende Artikel: Kalk und Zement, metallurgische Erzeugnisse, Carbid, Sprengstoffe usw. Ferner wurde die Versorgung der Gruben mit Grubenhölzern und ihre Befreiung von allen Verkehrs- und sonstigen Beschränkungen durch ein Zentralkomitee geregelt. Was die vom Staate festgesetzten Kohlenpreise betrifft, so fällt die große Preisspannung zwischen englischen und einheimischen Kohlen ins Auge. Bis zum 1./12. 1918 mußten die Verbraucher für englische Industriekohlen 130 Fr. frei Hafen, für französische dagegen 91,50 Fr. zahlen, während der Kohlenpreis ab

Grube in Frankreich nur 63,50 betrug und die Transportkosten sich auf 4—5 Fr. je t stellten. Die ungeheuren Gewinne, die hierbei gemacht wurden, sind hauptsächlich in die Taschen der Kohlenhändler geflossen. Die allmähliche Inbetriebsetzung der Kohlengruben in den bisher besetzten Gebieten Nordfrankreichs ist in den letzten Monaten in Angriff genommen worden. Nach dem Bericht einer offiziellen Unternehmungskommission dürften aber noch 5—10 Jahre vergehen, ehe die Friedensförderung wieder erreicht wird. Die durch den Friedensvertrag Frankreich zugesicherte Kohle des Saargebietes wird ausschließlich zur Versorgung Elsaß-Lothringens verwendet werden müssen, und man befürchtet in Frankreich, daß England einer Lieferung von Ruhrkohle Schwierigkeiten machen werde, da diese seine eigene Ausfuhr gefährden würde. Das Kohlenproblem ist also mit der Beendigung des Krieges noch lange nicht verschwunden, sondern bleibt weiter eine ernst zu nehmende Frage. (W. N. D.)

Der Außenhandel der Niederlande in Chinarinde im ersten Halbjahr 1918 wird in der holländischen Statistik, aus der uns jetzt das Zahlenmaterial für das erste Halbjahr 1918 vorliegt, behandelt. Wie ein Blick in dieses Zahlenbild zeigt, ist die einschlägige Ausfuhr gegenüber der ersten Jahreshälfte 1917 infolge der Einwirkungen des Krieges fast bis zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken: sie umfaßte nämlich nur 255 292 kg (brutto) im Werte von 298 533 Gulden gegenüber 2 125 560 kg im Werte von 2 803 713 Gulden im ganzen Jahre 1917, wovon 4 012 367 kg im Werte von 5 262 601 Gulden zur Ausfuhr gelangte. Nachstehende Zahlentafel zeigt, in welcher Weise sich der Versand in den in Rede stehenden Zeitabschnitten auf die einzelnen Länder verteilt:

Bestimmungsländer	Ausfuhr im I. Halbjahr			
	1918	1917	kg (brutto)	Gulden
Deutschland	186 152	213 195	1 068 665	1 211 042
Belgien	2 493	3 786	318	333
Großbritannien	22 513	26 494	466 271	675 189
Frankreich	25 611	28 794	239 910	418 085
Nieder-Ostindien	—	—	16	24
Österreich-Ungarn	11 005	15 689	1 909	1 769
Ver. Staaten v. Amerika	2 833	4 365	308 141	456 903

Hier nach sind an dem Rückgang des Versands alle wichtigeren Bestimmungsländer beteiligt. Die niederländische Einfuhr von Chinarinde, welche ausschließlich von Niederländisch-Indien gedeckt wird, umfaßte im I. Halbjahr 1917 insgesamt 1 423 199 kg (brutto) im Werte von 1 977 547 Gulden; in der gleichen Zeitperiode des Jahres 1918 war nach Ausweis der Statistik keine Einfuhr zu verzeichnen. Kl.

Vorläufige Zahlen der italienischen Handelsstatistik für das erste Vierteljahr 1919 (in Lire):

	1919	1918	Unterschied
Gesamtwaren	3 438 632 942	2 832 473 974	+ 606 158 968
einfuhr	3 438 632 942	2 832 473 974	+ 606 158 968
darunter:			
Chemische Erzeugnisse, medizinische Waren, Harze u. Parfüme . . .	225 112 214	315 304 294	— 90 192 070
Farben, Farbstoffe u. . .	26 517 682	72 046 262	— 45 528 580
Gesamtwaren	571 246 316	641 567 936	— 70 321 520
ausfuhr	571 246 316	641 567 936	— 70 321 520
darunter			
Chemische Erzeugnisse, medizinische Waren, Harze u. Parfüme . . .	20 624 650	41 155 262	— 20 530 612
Farben, Farbstoffe u. . .	2 239 180	3 454 623	— 1 215 443
(„Sole“ vom 9./7. 1919.)			Ec.*

Norwegens Außenhandel 1918. Die abschließende Statistik über die Außenhandelsbewegung im Jahre 1918, die erst Anfang Juni veröffentlicht wurde, spiegelt deutlich und ganz besonders im Vergleich mit dem Vorjahr die unaufhaltsam fortschreitenden Verschiebungen des Welthandels und Weltverkehrs wider. Hierbei treten zwei Faktoren besonders zutage: einmal die zunehmende Knappheit gewisser Waren, die in der Abnahme verschiedener Ziffern zum Ausdruck kommt, zweitens das nach vielen Richtungen seinen Einfluß ausübende Handelsabkommen mit der Entente. Die Gesamteinfuhr an Zucker betrug 34,3 Mill. kg gegen 56,5 Mill. kg in 1917. Für Spirituosen sind die Einfuhrziffern ebenfalls bedeutend niedriger, Gespinststoffe wurden in etwas geringerem Umfang als im Vorjahr eingeführt. Die Einfuhrziffern von Manufakturwaren blieben weit hinter den vorjährigen zurück. Ebenso wurden Öle in ebenfalls geringeren Quantitäten eingeführt, dies wurde jedoch nicht so sehr empfunden, weil das Land auf seine reichlich vorhandenen tierischen Öle zurückgreifen konnte. Von verschiedenen Düngemitteln wurden insgesamt nur 15,5 Mill. kg gegen 70,7 Mill. kg im Vorjahr eingeführt. Dieser große Ausfall hat seinen Grund in dem gänzlichen Fehlen der Superphosphateinfuhr. Die Ausfuhrzahlen

für das Jahr 1918 weisen im großen und ganzen eine Steigerung auf, besonders für Holzmasse, Papier und Norgessalpeter.

	1918	1917
W e b s t o f f e		
Wolle, Shoddy und Wollabfälle	344	571
Baumwolle	1 142	3 688
Flachs	300	264
Hanf	2 000	3 357
Jute	373	1 483
Werg	9	123
M a n u f a k t u r w a r e n		
Seidenwaren	84	171
Wollwaren	601	1 905
Baumwollwaren	1 400	4 421
Leinenwaren	4	206
Jutewaren	166	3 316
Ö l e u s w .		
Olivenöl	737	1 752
Leinöl	10	1 284
Kokosnussöl	1 194	990
Petroleum usw.	41 179	51 343
Holzteer	4 306	1 111
Steinkohlenteer	360	395
Harze	1 796	932
F a r b s t o f f e u n d F a r b e n		
Gemahlene Kreide, Baryt, Kaolin usw.	5 386	6 203
Ocker, Umbra, Eisenrot usw.	431	1 239
Mennige	259	265
Anilin und Alizarinfarben	172	358
Bleiweiß	2	104
Zinkweiß u. andere trock. Farben	417	2 501
Teerpräparate	32	149
M i n e r a l i s c h e R o h s t o f f e		
Steinkohlen	1 400 000	1 100 000
Koks und Briketts	152 000	167 000
Kochsalz	309 000	232 000
Glaubersalz	9 537	6 000
Calcinierte Soda	21 363	27 718
Kaustische Soda	162	1 800
Chlorkalk	259	1 061
Schwefel und Schwefelblüte	3 000	4 071
D ü n g e m i t t e l		
Ammoniak und -Salze	2 684	18 164
Chile-Salpeter	6	44
Superphosphat	—	37 432
Kainit und anderer Kalidünger	19 601	11 402
M e t a l l e , R o h - u n d H a l b f a b r i k a t e		
Roheisen	16 045	23 140
Stahl	2 176	1 394
Stangen- und Bandeisen	41 696	41 284
Eisenplatten	19 810	15 856
Eisenblech, verzinkt, verzinnt usw.	5 434	10 115
Kupfer, Messing, Neusilber, roh	290	160
Aluminium u. Kupfer in Patten und Stäben	448	1 429
Zink, roh	256	15 884
Zink in Platten und Stäben	136	169
Blei, roh	13	749
Blei in Rollen usw.	716	309
(W. N. O.)		on.

Übersichtsberichte.

Kali-Interessen in den Vereinigten Staaten. In Ermangelung deutschen Kalis waren die Vereinigten Staaten gezwungen, sich im Interesse ihrer Ernten aus heimischen, zuvor nicht benutzten Quellen zu versorgen. Hierfür kamen namentlich in Betracht: Das Salzwasser gewisser Binnenseen, Seetange (Kelp), kieselsaure Kalisalze und die Gichtgase der Hochöfen (Cottrellverfahren). In dem Salzwasser der Binnenseen des großen Wüstenbeckens des Westens sind zwar, absolut genommen, riesige Mengen Kalisalze enthalten, der Prozentgehalt der fast gesättigten Sole an Chlorkalium beträgt jedoch nur 3,64%. Zur Zeit ist noch keine rentable Methode für die Trennung der Kalisalze vorhanden. Die üblichen Methoden der fraktionierten Krystallisation liefern ein konstant bleibendes Gemisch von Chlorkalium und Chlornatrium. Eine weitgehende Anreicherung der Sole an Kalisalzen erfolgt nicht. Zur Zeit ist es ausgeschlossen, Chlorkalium im Großbetriebe so billig herzustellen, daß es dem deutschen Kali Konkurrenz machen könnte. Können jedoch die Kriegspreise von 300—400 Dollar je t weiter erzielt werden, so bietet sich einige Aussicht für eine lohnendere Gewinnung von Kalisalzen aus den Binnenseen. Die Kalimengen, welche im ersten Halbjahr 1917 aus Salzolen der Nebraskaseen gewonnen wurden, betrugen 7749 t, gleich ein Drittel der gesamten Kalierzeugung der Vereinigten

Staaten in diesem Zeitraum. — *Seetang e.* An den Küsten von Alaska, Californien usw. können jährlich nach einzelnen Schätzungen etwa 60 Mill. t frischen Seetangs (Kelp) geerntet werden, worin bei einem Kaligehalt von 2,4% 2,23 Mill. t Chlorkalium, entsprechend 1,43 Mill. t Reinkali enthalten sind. Nach einer anderen vorsichtigen Schätzung wird die jährlich zu gewinnende Tangmenge jedoch auf nur ein Zehntel der obigen Menge angenommen. Das teure Fabrikationsverfahren setzt für das daraus erzeugte Kali Preise voraus die die Friedenspreise um 600—1000% übersteigen. Die beiden größten mit 1—2 Mill. Doll. gegründeten Gesellschaften, welche nach dem beschriebenen Verfahren arbeiteten, haben ihren Betrieb einstellen müssen. Die mit Ätzkalk und Chlortalcum aufgeschlossenen kalihaltigen Silicatgesteine liefern ein derart teures Erzeugnis, daß selbst zu den hohen Kriegspreisen die Gewinnung von Chlorkalium nicht rentabel war. Ein anderes Verfahren, bei dem als Nebenerzeugnis Zement gewonnen wird, muß seine Rentabilität erst beweisen. Bis jetzt ist nur von der Bleihütte in Denver, Colorado, bekannt geworden, daß sie nach dem Cottrellverfahren Kalisalze herstellt. Der aus der Verhüttung von Bleiglanz gesammelte Staub enthält etwa 28,5% Kalium als Sulfat. — Die angegebenen Verfahren setzen die Vereinigten Staaten, wenn auch unter Schwierigkeiten und großen Geldopfern im wesentlichen instand, während des Krieges ihrer Landwirtschaft die allernötigsten Mengen Kali zuzuführen. Die in den neuen Verfahren investierten großen Kapitalien zwingen die Vereinigten Staaten, die einheimische Kaliindustrie zollpolitisch zu schützen, da sonst ein völliger Zusammenbruch dieser Industrie zu gewärtigen ist. Aus dieser Lage der Dinge erklärt sich die augenblickliche Zurückhaltung der Vereinigten Staaten bezüglich der Abschlüsse auf Lieferungen mit dem deutschen Kali-syndikat, um so mehr, als eine gewisse Aussicht besteht, aus dem Elsaß, bei dessen Ausscheiden aus dem Deutschen Reich, gegebenenfalls zu günstigeren Bedingungen Kali zu erhalten. Überdies verfügen zufolge Pressenachrichten die Vereinigten Staaten augenblicklich über größere Kalilagerbestände aus eigener Erzeugung. („Nachrichten“ 8, 1919.)

Die Farbstoffindustrie Japans. Die Handelsmeinung in Japan behauptet jetzt sehr allgemein, daß es für das Land vorteilhafter sei, die Farbstoffe, die es nötig hat, einzuführen, da es zweifelhaft sei, ob Japan mit Erfolg in ihrer Herstellung mit Europa und Amerika in Wettbewerb treten kann, außer unter dem Schutze eines Tarifvertrages, der aber dem Handel schaden würde. Wenn ein derartiger Zoll ihm auferlegt würde, so würde eine große Anzahl von Industriezweigen, die sich in ähnlicher Lage befänden, in gleicher Weise berechtigt sein, Schutzzölle zu fordern. Nach den letzten Nachrichten scheint die Agitation für erhöhte Schutzzölle nicht ihren Zweck erreicht zu haben. Inzwischen erwägt die Regierung einen Entwurf, die Einfuhr einer gewissen Menge zu gestatten, um die Lage so viel wie möglich in Ordnung zu bringen, so daß die Einfuhr fremder Farbstoffe erwartet werden kann. In einem neuen Bericht erwähnt der Commercial Secretary in Yokohama, daß ein Ausschuß des Reichstages eine Versammlung gehabt hat, um die Lage des Farbstoffhandels zu überlegen. Diesem Ausschuß hat der Direktor des Bureau of Commerce and Industry bestätigt, daß das gesamte in der Farbstoffindustrie festgelegte voll eingezahlte Kapital in Japan jetzt 8,4 Mill. Yen beträgt. Vor dem Kriege belief sich die Einfuhr durchschnittlich auf 9 Mill. Yen, von dieser Einfuhr betrug die von künstlichem Indigo 1,5 Mill. Yen. Der Direktor hat ferner festgestellt, daß an Farbstoffen dem Werte nach etwa 80% der vor dem Kriege stattgehabten Einfuhr jetzt in Japan hergestellt werden. Der Ausschuß ist weiter, wie es scheint, aufgefordert worden, die Möglichkeit eines Planes in Erwägung zu ziehen, Fabriken großen Umfangs zu errichten, von denen die Stoffe dann auf kleinere Fabriken verteilt werden könnten, welche die Endproduktion übernehmen. Es ist darauf hingewiesen, daß, wenn große Fabriken errichtet würden, sie mit Leichtigkeit in solche zur Herstellung von Explosivstoffen, sobald diese gebraucht würden, umgewandelt werden könnten, und daß ferner ganz gut eine mäßige Unterstützung der örtlichen Industrie die Differenz im Preise der einheimischen und der eingeführten Produkte ausgleichen würde. Indessen scheint die Agitation aus dieser Richtung abzunehmen. Die Farbstoffindustrie in Japan machte während des Krieges noch keine großen Fortschritte, die Mehrheit der neu errichteten Fabriken scheint nicht die Absicht zu haben, die Herstellung fortzusetzen, wenn die europäische und amerikanische Konkurrenz wieder auftritt. („The London and China Express.“)

Die Herstellung pflanzlicher Öle in Japan. Die Ölsamenpresserei ist seit Jahrzehnten bei den Japanern üblich; aber erst in den letzten Jahren ist genügend Öl gewonnen worden, um einen größeren Ausfuhrhandel zuzulassen. Der Aufschwung dieser Industrie hat eigentlich erst während des Krieges begonnen, als die Preise durch den allgemeinen Ölmarkt in die Höhe getrieben wurden. Kobe, das in bezug auf Verschiffungsmöglichkeiten und Beschaffung von Arbeitskräften sehr günstig gelegen ist, bildet das Zentrum dieser Industrie. Während in der ganzen Welt Schiffraumangst herrschte, haben die Japaner ihren Dampfschiffverkehr mit allen Häfen des fernen Ostens aufrechterhalten können, so daß Kobe mit Kopra aus Singapore und

Java, mit Sojabohnen aus Dairen und Wladiwostok, mit Erdnüssen aus Tsingtau, Baumwollsamem aus Tientsin und Schanghai, Rapsamen aus Hankau und Indien und Ricinusbohnen aus China und Indien hat versorgt werden können. Das daraus gewonnene Öl ist alsdann auch gleich verschifft worden. Der Öltertrag beläuft sich im Kobebezirk auf etwa 5700 t monatlich, die sich auf folgende Sorten verteilen: Sojaöl 2100 t, Cocosnussöl 1700 t, Rapsöl 1400 t, Baumwollsamemöl 500 t. Die Verschiedenheit des Rohmaterials ist als Vorteil anzusehen, da die Mühlen jedes Erzeugnis verarbeiten können. Sie sind dadurch imstande, den jeweiligen Bedürfnissen zu genügen und sich den für die betreffenden Pflanzen in Betracht kommenden Jahreszeiten anzupassen, so daß sie ständig in Betrieb sind. Die Öl-mühlen haben je nach ihrer Größe eine monatliche Leistungsfähigkeit von 10 000—360 000 Gallonen. Sie liegen alle an der Küste und bedienen sich sämtlich des Presssystems; nur eine einzige Fabrik wendet die Benzinextraktionsmethode an. Der Benzinextraktionsprozeß leidet aber augenblicklich unter den hohen Preisen. In den japanischen Öl-mühlen wird das Öl durch Filtrieren geklärt, die ungebundenen Fettsäuren werden jedoch nicht entfernt. Die Nachfrage nach Ricinusöl zum Einölen von Flugzeugmaschinen hat sich durch den Krieg derart gesteigert, daß ihr kaum genügt werden konnte. Perillaöl, das aus dem Samen einer asiatischen Minze (Perilla ocyoides) gewonnen wird, wird in beträchtlichen Mengen hergestellt. Es ist ein rasch trocknendes Öl, das in Japan vielfach als Ersatz für Leinöl Verwendung findet. Die Öle werden gewöhnlich aus Kobe in Blechkannen, die vordem schon für Petroleum verwandt wurden, verschifft; durch Auslaufen entsteht dabei gewöhnlich ein Verlust von 5%. Die Verpackung in Fässern und Bottichen verbietet sich infolge der hohen Frachtkosten für leere Fässer. Die Petroleumkannen werden nicht zurückgeschickt. Die Versuche, Tankdampfer zu benutzen, sind fehlgeschlagen, weil es an großen Lagertanks und Pumpmaschinerie fehlt. Im allgemeinen sind die Aussichten für diese Industrie günstig, obgleich man in manchen Gegenden annimmt, daß sie ihren Höhepunkt erreicht hat. Sehr wichtig ist der Verkauf von Ölkuchen. Die Mehrzahl der japanischen Ölfabriken hat ihre Ölkuchen im Lande absetzen können, einige Betriebe mußten jedoch infolge der niedrigen Preise für Öl-kuchen geschlossen werden. Wie wichtig die Preise der Ölkuchen für die Industrie sind, geht daraus hervor, daß im vergangenen Juni bei Sojabohnen 70% des Gewinns auf den Verkauf von Ölkuchen und nur 30% auf Öl entfielen. („Scientific American Supplement“ vom 12./4. 1919.)

ll.

Die Zukunft der Seifenindustrie von Marseille. Die französische Industrie der Öle und Fette findet nach einem Bericht der „Information“ in den französischen Kolonien nur einen Teil der notwendigen Rohstoffe und diesen auch nur, wenn erst der Anbau der Ölfrüchte und die Organisation der Arbeitskräfte wie der Einfuhr nach Frankreich im größeren Maße gelungen ist. Da diese Zeit noch fern ist herrscht lebhafte Besorgnis bei den Unternehmern der Öl- und Seifenindustrie von Marseille. Sie werden gewahr, daß die Ölindustrie in England, in den Vereinigten Staaten (Californien), in Indien und dem fernen Orient so großen Aufschwung genommen hat, daß die Fabriken dort künftig die gesamte Ölfrüchte verarbeiten werden und nach Frankreich (und Deutschland) solche Erzeugnisse nicht mehr ausführen. Besonders England hat sich vorgenommen, die Vermählung der Ölfrüchte und ihre Weiterverbreitung, die bis zum Jahre 1914 ausschließlich in Marseille stattfand, in England um jeden Preis auszubauen. Es hat sich die Zufuhr der Rohstoffe gesichert und plant einen Zoll von 2 Pfd. Sterl. auf die t, die aus den englischen Kolonien ausgeführt wird. Dieser Zoll wird den englischen Fabriken zurückgezahlt, um die fremde Erzeugung zu belasten. Die französische Berichterstatter teilt mit, wie mustergültig die englischen Konkurrenten mit Maschinen ausgestattet sind. Noch mehr aber erregt seine Besorgnis die ungeheure Kapitalansammlung der Firma Lever Brothers (Port Sunlight), der er 1200 Mill. Fr. Kapital zuschreibt. Von einer anderen Gruppe sagt er, daß sie über 100 Mill. Fr. verfüge. Die Margarinefabriken in Hull (British Oil and Cake Mills) hätten eine Wochenerzeugung von 200 t Speisefett. Am schlimmsten trifft es aber die französischen Unternehmer, daß englische Firmen sich nach und nach in den Besitz französischer Fabriken setzen; so kauften die Brüder Lever die Seifenfabrik Eydoux und die Firmen Canaple, Rostand, Ch. Roux auf und kontrollierten bereits im Anfang dieses Jahres $\frac{1}{4}$ der Ölindustrie von Marseille. Eine andere englische Firma (Brockers) erwarb die Seifenfabrik Paul, die Öl-mühle A. Roux und die Firma Coraze. Damit sind 55—60% der Fabriken in Marseille von den Engländern abhängig geworden. („L'Information“ vom 3./7. 1919.)

on.

Die lothringische Eisenindustrie. Nach Mitteilungen der französischen Presse beträgt die Leistung der Hochöfen sowie der Stahl- und Walzwerke Lothringens zur Zeit nur weniger als $\frac{1}{3}$ ihrer Erzeugung. Die Ursache hierfür wird hauptsächlich in der ungenügenden Kohlenzufuhr erblickt. „Le Petit Parisien“ vom 10./6. 1919 schreibt hierzu u. a.: „Die Eisenerzeugung des lothringischen Beckens betrug vor dem Kriege 3 500 000 t Roheisen und die hierfür erforderliche Zufuhr an Brennmaterial ist mit etwa 4 Mill. t Koks, d. h. etwa 11 000 t oder 22 Güterzüge täglich, zu berechnen. Un-

erlässlich ist daher die Sicherstellung entsprechender geregelter Kohlentransporte aus dem Ruhrgebiet. Augenblicklich liefern die Deutschen nur $\frac{1}{3}$ unseres Bedarfes, wodurch die Erzeugung unserer Stahlwerke ebenfalls auf $\frac{1}{3}$ beschränkt wird. Da die allgemeinen Unkosten aber die gleichen bleiben, gestaltet sich der Herstellungspreis für Stahl viel zu hoch. Die Folge davon ist, daß wir in dem Augenblick, wo wir die Höchstleistung unserer Stahlerzeugung unbedingt nötig haben, nicht einmal den eigenen Bedarf decken können. Frankreich, das jetzt das erste Stahlerzeugungsland der Welt sein sollte, vermag seine Lage nicht auszunützen und muß unter Bedingungen erzeugen, die ihm den Wettbewerb mit dem englischen und amerikanischen Fabrikat unmöglich machen. Wir sehen uns heute in erster Linie darauf beschränkt, die französischen Schiffswerften zum Ausbau unserer Handelsflotte mit Stahlblech zu versehen.“ Das Blatt knüpft hieran die Bemerkung, daß Deutschland mit größeren Kohlenlieferungen absichtlich zurückhalte, um die Tätigkeit der lothringischen Unternehmen zugunsten der westfälischen zu beeinträchtigen. („U. D.“) *ar.*

Molybdänvorkommen in Canada und Irland. Das Molybdän, dessen Verwendung zu besonders guten Stahllegierungen im Kriege außerordentlich gestiegen ist (Kanonen, Gewehrläufe, Propellerachsen, starke Drähte) und als Legierungsmetall intensiver wirkt als Wolfram (2% Molybdän = 8% Wolfram), ist in den letzten Jahren an mehreren neuen Stellen der Welt gefördert worden. Zu den gegenwärtig wichtigsten Stellen Australien (North Queensland und New South Wales) und Norwegen (Süd- und Südwestküste) ist seit 1914 Canada getreten. Von der Gesamterzeugung Canadas, die von 1917 bis 1918 von 288,7 auf 377,8 Pfund stieg, entfallen 88% auf die Grube Quyon bei Quebec, vielleicht die größte in ganz Nordamerika. Das Erz hat einen Gehalt von 2—5% und wird in wöchentlichen Raten von 200—300 t verschifft. Eine große Hütte mit 120 t Tagesertrag ist 1918 gebaut worden. Die Förderung Canadas, die im Kriege vollständig von der englischen Regierung beschlagnahmte war, verspricht jetzt, ein wichtiger Faktor für den Weltmarkt zu werden. Neu ist das Vorkommen des Molybdäns in England selbst (in kleinen Mengen in den Grafschaften: Cornwall, Leicester und Westmoreland) und namentlich in Irland. Neben Lough-Laragh b. Glenties und Lough-Anurc in der Grafschaft Donegal und Castle Caldwell. In der Grafschaft Galway bietet das Lager bei Roundstone die meiste Aussicht, es kann für die britische Stahlindustrie von großer Bedeutung werden. Die unmittelbare Lage am Meer erleichtert die Ausnützung des Lagers, das sowohl Molybdänit wie Molybdit enthält. Der steigenden Bedeutung des Metalls entspricht ein Steigen der Preise. Während 1914 nur mindestens 80%ige Konzentrationen des Molybdänits (MoS_2) überhaupt marktfähig waren, werden seit 1916 auch 20%ige gehandelt. Im August 1917 betrug der Preis von 90%igem Molybdänit 105 sh. für 22,4 Pfund und 16 sh. für das Pfund Eisen-Molybdän. („The Statist“ vom 21./6. 1919.) *dn.*

Rückwirkungen der Friedensbedingungen auf die Teerindustrie. Der Teerindustriellen-Verband Deutschlands schreibt der „Köln. Ztg.“: Nach dem Friedensvertrag soll Deutschland jährlich 50000 t Steinkohle an die Entente abliefern. Außerdem wird vielleicht mit den abzutretenden Gebieten ein erheblicher weiterer Prozentsatz der deutschen Kohlenförderung und damit der Teererzeugung in Fortfall kommen. Das bedeutet bei der wegen der geringen Kohlenförderung stark zurückgegangenen Teererzeugung in Deutschland außerordentlich viel. Heute schon ist die deutsche Teerindustrie nicht in der Lage, den inländischen Bedarf an Teererzeugnissen zu decken. Eine restlose Ausnutzung der noch zur Verfügung stehenden Teermengen ist deshalb eine unbedingte volkswirtschaftliche Forderung, wie auch selbstverständlich gleichzeitig die Steigerung der Teererzeugung mit allen Mitteln zu erstreben ist. Unwirtschaftliche Verwendung von Rohteer, der noch kostbare und volkswirtschaftliche überaus wertvolle Bestandteile, Öle, wie das heute so außerordentlich knappe Benzol enthält, muß ausgeschlossen sein. Die Knappheit an Betriebsstoffen, wie Benzol und Heizölen, ist sehr groß. Es ist geradezu als ein Unfug zu bezeichnen, Rohteer unmittelbar zu technischen Zwecken, wie Dachpappenfabrikation, Dachanstrich und Straßenteerungen oder gar zur Verfeuerung zu verwenden, und ein derartiger Verbrauch muß unbedingt unterbunden werden, da heute die Not gebieterisch eine wirtschaftliche Verwendung verlangt, wenn nicht geradezu eine Katastrophe eintreten soll. In Bayern hat das Handelsministerium der Angelegenheit schon seine Aufmerksamkeit zugewandt, und es ist zu fordern und zu erwarten, daß auch die Reichsbehörden entsprechende Maßnahmen ergreifen. *on.*

Die Verringerung der deutschen Spirituserzeugung durch den Friedensvertrag. Die durch den Friedensvertrag für das Deutsche Reich verloren gehenden östlichen Gebiete waren, wie wir der „Zeitschrift für Spiritusindustrie“ entnehmen, für unsere Spiritus-erzeugung von größter Bedeutung, denn der Durchschnittsbrand der in den abzutretenden Provinzen liegenden Brennereien betrug mehr als 1 000 000 hl und rund 27% des Gesamtdurchschnittsbrandes aller deutschen Brennereien. Hierbei sind noch nicht berücksichtigt die Brennereien, die in Gebieten liegen, über deren zukünftige Staats-

zugehörigkeit durch Volksabstimmung entschieden werden soll und deren Durchschnittsbrand etwa 4% des bisherigen Gesamtdurchschnittsbrandes beträgt. Die Zahl der durch die Abtreitung Elsaß-Lothringens ausscheidenden Brennereien ist zwar sehr groß, aber da es sich fast ausschließlich um Kleinbetriebe handelt, so fällt die von ihnen erzeugte Brannweinmenge gegenüber der Gesamtblannwein-erzeugung Deutschlands nur wenig ins Gewicht; sie beträgt nämlich noch nicht 0,3%. („K. Ztg.“) *on.*

Marktberichte.

Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkte. Vom Eisen- und Stahlmarkte liegen Nachrichten über eine günstige Entwicklung des Geschäfts vor. Nach den Anzeichen zu schließen, dürfte sich die lebhafte Konjunktur während des Sommers behaupten, eine weitere Zunahme der Geschäftstätigkeit aber nicht zu erwarten sein. In Pittsburg sind die Werke stark beschäftigt. Die Carnegie Steel Co. erzeugt 75—80% der Ingoterzeugung im Monat Juni, die sich schätzungsweise auf 2 644 000 t beläuft. Die Nachfrage nimmt allgemein zu, aus allen Teilen der Welt laufen Aufträge ein. Für japanische Rechnung wurde eine Order in Höhe von 29 000 Kisten Weißblech erteilt. (Nach „Iron-Age.“) *Wth.*

Lothringisches Roheisen für England. „Iron and Coal Trades Review“ berichtet über ein Angebot der französischen Regierung an die englischen Stahlwerke, wöchentlich 10 000 t Thomasroheisen zu liefern, zunächst auf die Dauer von vier Monaten. In England wird die Tatsache dieses Angebots anscheinend mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen, wie aus den Betrachtungen hervorgeht, welche die genannte Zeitschrift an ihre Meldung knüpft. Die französische Regierung bietet das Roheisen zu 217,50 Fr. für die t frei Antwerpen an, was — 30 Fr. zu 1 Pfd. Sterl. gerechnet — einem Preise von 7 Pfd. Sterl. 3 sh. für die t entspricht. Dazu kommen dann noch die Kosten für die Fracht und Versicherung ab Antwerpen. Trotzdem bleibt der Preis erheblich unter demjenigen, der nach den neuen Verträgen in England für Roheisen gezahlt werden muß. Das englische Fachblatt bemerkt noch, daß augenblicklich zwar großer Mangel an Roheisen bestehe und große Mengen eingeführt werden könnten, ohne den heimischen Markt zu schädigen. Die Erfahrung lehre aber, daß, wenn sich der Handel erst einmal dieser Ware bemächtigt habe, ihre Einführung nur zu leicht Dauerereignis würde. („Rh.-W. Ztg.“) *Wth.*

Der Preis für Luxemburgisches Roheisen ist, wie uns gemeldet wird, weiter auf 220 Fr. je t ermäßigt worden.

Veräußerung der Salpeterlagerbestände. Die in den Vereinigten Staaten lagernden Salpetervorräte der amerikanischen Regierung beliefen sich Anfang 1919 auf 226 000 t, die in Chile auf 120 000 t, alle zu hohen Preisen erworben. Man hat sich entschieden, den Salpeter durch den Handel mit einem so geringen Verlust, wie möglich, zu veräußern und den Preis zuerst auf 4,20 Doll. für 100 lb. ab Schiff in atlantischen und Golfhäfen festgesetzt. Anfang März wurde dieser Preis auf 4,07½ Doll. herabgesetzt, mit Gültigkeit für März und April. Obwohl die Preisherabsetzung zu vermehrten Verkäufen führte, ist der Preis im Vergleich mit dem vor dem Kriege immer noch hoch, aber die Regierung verdient nichts dabei. Die Sprengstoff-Fabrikanten sollen übrigens ebenfalls noch große Salpetervorräte haben. Die Salpeterreinfuhr betrug im Februar 44 817 t. und in der ersten Hälfte des März 11 751 t. *on.*

Die chemische Industrie der Niederlande. Die Lage der niederländischen chemischen Industrie während des ersten Halbjahrs 1919 muß als ungünstig bezeichnet werden. Die Erzeugung der meisten Unternehmen ist im Vergleich zum Jahre 1918 sehr zurückgegangen. Einige der größten Fabriken haben sogar ihren Betrieb völlig oder zum mindesten teilweise stilllegen müssen. Die Kunstdüngerindustrie hat in der letzten Zeit stark unter der sehr erheblichen Einfuhr von Chilesalpeter gelitten, von dem schon ohnehin bedeutende und den eigenen Bedarf Hollands überschreitende Mengen vorhanden sind. Allgemein klagt man über die Schwierigkeiten finanzieller Art, die durch die Tätigkeit der Niederländische Overzee-Trust-Maatschappij und der Niederländische Uitvoer-Maatschappij hervorgerufen wurden. Außerdem hatte der Handel unter der sehr bedeutenden Verzögerung bei der Erteilung von Ausfuhrkonsenten zu leiden. Obwohl verschiedene Rohstoffe im Auslande bestellt sind und deren Einfuhr von offizieller Seite angeblich keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, warten die Fabrikanten vergeblich auf ihre Versendung. Im Hinblick auf die sehr erheblichen Preisschwankungen erleidet die chemische Industrie durch diese Verzögerung großen Schaden, so daß man beim Abschluß von Kontrakten recht zurückhaltend ist, so lange keine Gewähr für baldige Ablieferung geleistet werden kann. Im allgemeinen nimmt der Handel eine abwartende Haltung ein. Verschiedene Firmen sind noch im Besitz großer Vorräte und versuchen, diese im Auslande abzusetzen. Der niedrige Marktkurs spielt gegenwärtig gleichfalls eine bedeutende Rolle. Erzeugnisse deutschen Ursprungs werden zu Preisen angeboten, die wesentlich hinter denen der gleichfalls aus Deutschland bezogenen Rohstoffen zurückbleiben, die zu ihrer Herstellung benötigt

werden. Verschiedene chemische Fabriken klagen ferner über Schwierigkeiten, die ihnen eine Ausfuhr unmöglich machen, während Rohstoffe und Halbfabrikate aus den Mittelreichen nach den Niederlanden eingeführt werden können. Im allgemeinen beurteilen die chemischen Fabriken die Zukunft recht pessimistisch. Man fürchtet, daß der Markt mit billigen ausländischen Erzeugnissen überschwemmt wird während holländischerseits erhobene Bedenken gegen die Ausfuhr verhindern, daß der Teil der Erzeugung, der im Inlande nicht abgesetzt werden kann, ausgeführt wird, was für diese Industriezweige eine Lebensfrage darstellt. — In der pharmazeutischen Industrie waren die Verhältnisse bis 1919 etwa normal; seit dieser Zeit hat man mit dem Preissturz für seinerzeit zu hohen Preisen eingekaufte Rohstoffe einerseits und der Zurückhaltung der Verbraucher andererseits zu kämpfen. Die Lage der Asphalt- und Tintenfabriken leiden unter den seit Januar 1919 bestehenden Ausfuhrbestimmungen, so daß ihre Lage sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert hat. Auch hier verhalten sich die Verbraucher abwartend, sind die Rohstoffpreise hoch und ist deren Einfuhr noch immer beschränkt, dagegen werden englische, deutsche und amerikanische Fabrikate zu niedrigen Preisen eingeführt. Die Industriellen hoffen auf eine Besserung der Geschäftslage, sobald die Ausfuhr keine Schwierigkeiten mehr erfährt. Die Schwierigkeiten für die Zinkweißindustrie, die schon 1918 zu einer erheblichen Einschränkung der Erzeugung führten, haben sich noch vermehrt, so daß die Betriebe fast vollkommen stilllagen. Außerdem klagen die Fabrikanten über deutschen und amerikanischen, zu wesentlich niedrigeren Preisen liefernden Wettbewerb. Die Zündholzindustrie, die bisher kaum hat ausführen können, während große Mengen ausländisch r Fabrikate eingeführt werden, liegt recht ungünstig. Eine der großen Fabriken hat ihren Betrieb eingestellt. Sehr schlecht ist ferner die Lage der Glühlampenfabrik, besonders infolge der durch die Kohlennot in Holland bedingten bedeutenden Erweiterung des Elektrizitätsnetzes bei gleichzeitiger starker Abnahme der Verwendung von Gas zu Leuchtzwecken. Die Herstellung von Glühstrümpfen in der Zeit vor dem Kriege verhält sich zu der der Jahre 1918 und 1919 wie 100 zu 40 zu 5. Die holländischen Großhändler verfügen noch über bedeutende Vorräte, hauptsächlich deutschen Ursprungs, die für die Ausfuhr bestimmt sind. Die beschränkte Ausfuhr nach England, seinen Kolonien und nach Niederländisch-Indien, wo man unter dem Wettbewerb billiger japanischer und amerikanischer Erzeugnisse sehr zu leiden hat, erschwert die Lage dieser holländischen Ausfuhrindustrie natürlich bedeutend. Die Dextrinindustrie, die im ersten Vierteljahr 1919 noch im Zeichen des Fabrikationsverbotes stand, fängt jetzt, nachdem 4000 Ballen Kartoffelmehl für diesen Zweck freigegeben sind, an, sich zu erholen. Da auch diese Industrie vornehmlich auf die Ausfuhr angewiesen ist, sind die Zukunftsaussichten noch unsicher. Die Lage der Ölfabriken, die infolge der unterbrochenen ausländischen Zufuhr von Ölsaaten größtenteils stillgelegen haben, hat sich erheblich verbessert. Die Regierung führt Leinsaat ein, die unter die Fabrikanten verteilt wird. Wenn auch die Erzeuger selbst wieder Ölsaaten einführen können, so stellen doch, was den späteren Absatz betrifft, die Saatpreise und die hohen Schiffssfrachten ein so erhebliches Risiko dar, daß die Betriebe vorläufig nur unregelmäßig arbeiten. Nach Aufhebung der Rationierung von Seife in Holland haben sich die Verhältnisse in der Seifenindustrie dauernd gebessert, wenn auch noch Schwierigkeiten in den hohen Rohstoffpreisen und dem ausländischen Wettbewerb liegen. Die Ausfuhr, die vor allem für Toilettenseifen von Bedeutung war, ist noch recht spärlich; besonders in den niederländischen Kolonien ist der ausländische Wettbewerb recht bemerkbar. Die Lage der Linoleumfabriken hat sich im ersten Halbjahr 1919 etwas gebessert, wenn auch Leinölmangel noch immer herrscht. Bezuglich der Ausfuhr klagen die Hersteller über Schwierigkeiten seitens der N. O. T. und der N. U. M., durch deren langsame Erteilung von Ausfuhrkonsenten der Industrie erheblicher Schaden zugefügt wird. In der Glasindustrie waren die Zustände im ersten Halbjahr 1919 noch immer recht unbefriedigend. Das Inland kauft so gut wie gar nichts und die Ausfuhr bietet noch immer erhebliche Schwierigkeiten. Die hohen niederländischen Steinkohlenpreise schädigen die Wettbewerbsfähigkeit mit den ausländischen Fabrikaten erheblich. Die Flaschenfabriken, die während der Kriegsjahre dauernd mit voller Kapazität haben durcharbeiten können, haben ihre Erzeugung infolge Mangels an in- und ausländischen Aufträgen stark eingeschränkt müssen; wenn die Zustände sich nicht ändern, wird diese Industrie wahrscheinlich stillgelegt werden müssen. Die Kalkbrennereien klagen über verminderten Absatz infolge der ungünstigen Lage des Baugewerbes. Auch die hohen Steinkohlenpreise wirken ungünstig auf diese In-

dustrie ein. Im allgemeinen ist die Lage der Muschelkalkbrennereien merklich günstiger als die der Mergelkalkbrennereien, die unter den schlechten Transportverhältnissen zu leiden haben. Die Lage der Zementindustrie ist sehr schlecht. Die einzige niederländische Portlandzementfabrik befindet sich in Liquidation, da man es bei den hohen Kohlenpreisen, abnormen Frachtkosten und Löhnen für unmöglich hält, den Betrieb fortzusetzen. („Handelsberichten“ 10/7. 1919.)

Od.

Ölsaaten und Öle (22/7. 1919). Die Lage des Ölsaaten- und Ölmarktes hat sich während des Berichtsabschnittes sehr wesentlich zu ungünsten der Verarbeiter von Ölsaaten wie der Verbraucher von Öl geändert, ohne daß damit das Ende der überraschenden Preisbewegung erreicht sein wird. Die Ernteausbisse in den verschiedenen Anbauländern waren im letzten Jahr auch nicht annähernd so günstig, als nach den seitherigen, hauptsächlich aus englischen Quellen stammenden Nachrichten angenommen werden mußte. Die Vorräte in den Anbauländern wie in Europa sind erheblich überschätzt worden, während der Bedarf nicht gehörig in Rechnung gestellt worden ist. Die Nachfrage in den verschiedenen Verbrauchsländern erfuhr während des Berichtsabschnittes erhebliche Zunahme, und die Aufhebung der Blockade tat das ihrige, um die Haltung der Verkäufer am Weltmarkt überhaupt zu verstetigen. Soweit die Verarbeiter und Verbraucher in Deutschland in Frage kommen, werden diese erträgliche Preise noch auf lange Zeit hinaus entbehren müssen. Der Bedarf ist eben zu groß. So lange nicht überreichliche Ernten in den Erzeugungsländern dem Mangel abhelfen, werden wir noch immer mit ganz abnormalen Preisen rechnen müssen. Schon lange Zeit vor der Aufhebung der Blockade setzte deshalb an den englischen Märkten eine ganz ungewohnte Spekulation ein, welche die Preise weit mehr als während des Krieges in die Höhe trieb, so daß sich die Regierung abermals genötigt sah, beschränkende Maßnahmen im Geschäft mit Ölsaaten und Öl zu treffen, die aber viel zu spät kamen. Der Handel mit Ölsaaten ist nur noch solchen Händlern gestattet, welche vor dem Kriege selbständig darin beschäftigt waren. Am Leinsaatmarkt müssen die gewaltigen Preissteigerungen auffallen, welche am La Plata im Laufe der letzten Wochen eingetreten sind. Nach dem letzten Bericht (s. S. 423) würde Leinsaat am La Plata für baldige Verschiffung noch mit 25,55 Pesos Papier für 100 kg abgegeben werden sein, während am Schlusse dieses Berichtsabschnittes Preise gefordert wurden, die etwa 50% höher lagen. Die Folge dieser Preiserhöhung in Argentinien war gestiegerte Nachfrage an den nordamerikanischen Märkten, wo man alle erreichbare Leinsaat aufzukaufen sucht, um Leinöl nach Europa zu liefern, das am Antwerpener Markt in größeren Posten, aber nur zu hohen Preisen angeboten war. Was die Ernteaussichten für Leinsaat in diesem Jahr angeht, so fehlt es über die Ausdehnung der Anbaufläche am La Plata noch an jedem Anhalt, dagegen muß in Nordamerika mit starkem Rückgang des Leinsaatbaues gerechnet werden. Der sichtbare Vorrat von Leinsaat am La Plata ist im Laufe des Berichtsabschnittes von 100 000 auf 20 000 t zurückgegangen. Die Verschiffungen waren sehr gering, sie erreichten beispielsweise in der ersten Juliwoche nach England und an Order nur 1500 t, in der Vorwoche wurde nichts verschifft, nach dem europäischen Festlande gingen 200 bis 1000 t und 600 bis 2100 t nach nichteuropäischen Ländern, womit nur Nordamerika gemeint ist. Die Stimmung am La Plata war sehr stramm, und der Preis stieg zunächst auf 29,55, später aber sogar auf 36,05 Papierpesos für 100 kg fob Buenos Aires. Wenn dieser Preis für die Ausdehnung der Anbaufläche vielleicht maßgebend sein sollte, dann haben die Farmer in Argentinien alle Veranlassung, sich in diesem Jahre mit dem Anbau von Leinsaat zu befassen. Die Verladung von Ölsaaten aus Indien nach England hielt sich während der bekanntgewordenen Zeit in ganz engen Grenzen, da die Erträge in Indien bekanntlich sehr zu wünschen übrigließen. Dies hat zu der Preissteigerung in England jedenfalls wesentlich beigetragen. Soweit Notierungen vorlagen, kostete Bombay am Londoner Markt schließlich bis zu 49 Pfd. Sterl., Kalkutta 48/5 und La Plata für Juli-August-Abladung bis zu 44/10 Pfd. Sterl. die t cif London. Auch die Preise anderer Ölsaaten waren entsprechend höher, da meist nur sehr wenig Angebot, aber desto mehr Nachfrage vorlag. Für schwarze Baumwollsaat stand der Preis auf etwa 30 Pfd. Sterl. und für weiße auf etwa 26 Pfd. Sterl. die t. Von Rapssaat lag andauernd nur wenig Angebot vor, weil wenig Saat von Indien hereinkommt. Die gezahlten Preise bewegten sich zwischen 44—45 Pfd. Sterl. für die t. Die neue Verordnung der Regierung hat anscheinend zunächst zur Folge gehabt, daß Ölsaaten wie Öle vom Markt verschwunden sind. In Holland belieben sich in den letzten Wochen die Preise für Leinsaat auf etwa 60 Fl. die 100 kg cif Rotterdam. Auch in Nordamerika haben die Preise für Leinsaat eine ganz ungewohnte Höhe erreicht. In Duluth zog der Preis für Julilieferung auf nicht weniger als 6,10 Doll. für 1 Bushel an. Die Preise für Öle sind denjenigen der Rohstoffe am Weltmarkt natürlich gefolgt, zumal die Nachfrage in allen Ländern wesentlich zugewachsen ist. Hauptsächlich aber waren die europäischen Märkte sehr fest, weil hier die Nachfrage allmählich bedeutend gestiegen ist. Für vorrätige Leinöl wurden an den englischen Märkten zwischen 126—127 Pfd. Sterl. die t gefordert. Die

Preissteigerung in England ist zum Teil auf die starke Ausfuhr von Leinöl nach dem Festlande, hauptsächlich nach Belgien und Holland zurückzuführen. An den holländischen Märkten wurden für greifbare Ware schließlich bis zu 130 Fl. die 100 kg gefordert. Im besetzten Gebiet war rohes Leinöl mit ungefähr 20 M das kg bewertet, im unbesetzten Gebiet wurden jedoch wesentlich höhere Preise verlangt. Für Rüböl war der Preis an den englischen Märkten etwa 105 Pfd. Sterl. die t, während am Festlande Angebote im allgemeinen fehlten. Die zu erwartenden Erleichterungen im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet werden die Nachfrage nach Öl für technische wie Speisezwecke im Laufe der nächsten Zeit wohl weiter zunehmen lassen, und danach wird sich dann auch die Entwicklung der Preise richten. Die Valutafrage spielt hierbei natürlich eine wesentliche Rolle.

Die Margarineindustrie kann mit einer Erweiterung ihrer Tätigkeit in der nächsten Zeit rechnen, da die Einfuhr größerer Mengen Rohware gesichert ist. In diesem Monat konnten den Fabriken bereits mehr Rohstoffe als im Juni zugewiesen werden, und im August ist eine weitere Zunahme zu erwarten, so daß die Werke schon im August ihre Erzeugung aus der Vorkriegszeit wieder zu erreichen gedenken, wenn keine unvorherzusehenden Störungen eintreten. Den Ausschlag für den Umfang der Erzeugung gibt allerdings die Versorgung mit Brennstoffen, welche immerhin zu einigen Besorgnissen Veranlassung bietet. Die meisten der während der Kriegsdauer außer Betrieb gewesenen Werke werden mit Beginn des Monats August voraussichtlich wieder in Betrieb gesetzt werden können, wenn ihnen genügend Brennstoffe zugeteilt werden. Bei der bedeutend zurückgegangenen Erzeugung von Naturbutter ist die Steigerung der Margarineerzeugung von um so größerer Wichtigkeit für die Versorgung der Bevölkerung mit Fettstoffen, weil nach dem Friedensvertrage bekanntlich größere Mengen Milchvieh an Frankreich abgeliefert werden müssen. Über die Preise der Margarine vom 1./8. ab, wenn hauptsächlich ausländische Rohstoffe zur Verarbeitung gelangen, sind noch keine Bestimmungen getroffen. Voraussichtlich muß aber mit einer ansehnlichen Erhöhung gerechnet werden. —p.

Preiserhöhungen für Beleuchtungskörper. Die Konvention der Erzeuger von Beleuchtungskörpern erhöhte den Tauerungszuschlag für sämtliche Lieferungen auf 25%. Die Glühlampenfabriken erheben auf die seit dem 28./1. geltenden Listenpreise einen Tauerungszuschlag von 30% mit sofortiger Gültigkeit. —ar.

Zur Lage des deutschen Webstoffgewerbes. Die Tatsache, daß es den rheinischen Webereien gelungen ist, ausländische Garne in größeren Mengen zu erhalten, hat zur Folge, daß der Geschäftsgang sich etwas gebessert hat und daß mehr Arbeiter beschäftigt werden können. Die hohen Preise für Rohseiden erschweren das Geschäft einigermaßen. Von einer durchgreifenden Besserung in der Wollindustrie kann noch nicht gesprochen werden, da die Vorräte an Rohstoff ungenügende sind. Die Kauflust ist dagegen ziemlich groß. Sowohl für Papiergarne wie für Papiergebete besteht keinerlei Nachfrage. In der Leinenindustrie macht sich der Mangel an Rohstoff noch immer sehr fühlbar. Man wünscht in diesen Kreisen die baldigste Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland in der Hoffnung, von dort Rohstoff zu erhalten, da Lieferungen von Irland und von Belgien und Frankreich nicht zu erwarten sind. Was die Preislage für Gewebe anbelangt, so ist eine wesentliche Änderung noch nicht zu bemerken, da die Fabrikanten billigere Preise nicht stellen können, obwohl ausländische Fabrikate zu billigeren Notierungen angeboten werden. In der Hanfindustrie hofft man, daß durch die Einfuhr von Italien bald eine Belebung eintreten dürfte. („Rh.-W. Ztg.“) —Wth.

Vom Rohseidenmarkt. Die stete Steigerung der Rohseidenpreise hat noch kein Ende gefunden. Durch bedeutende Versorgungen seitens Amerikas sind die Japaner zuerst mit erhöhten Forderungen gekommen, die Chinesen sind gefolgt, und da die asiatischen Vorräte zur Deckung nicht mehr reichten, die französischen aber erschöpft zu sein scheinen, konnten auch die Italiener sich wieder stärker an den Lieferungen beteiligen, natürlich indem sie die Lage benutzten und höhere Preise forderten. Das Ende der Woche zeigte hier folgende Höchstforderungen, die aber nur in ganz dringenden Fällen bewilligt wurden: Japan Organzin fil. extra 19/21, 20/22 d. 173 Fr., Japan Organzin fil. extra 22/24, 23/25 d. 167 Fr., Japan Trame fil. extra 27/29 d. 153 Fr., Kanton Krepp je nach Titer 140/136 Fr., Organzin Grenadine aus China fil. 20/24 d. 178 Fr., Organzin Grenadine aus China fil. 28/32 d. 163 Fr., Japan Grege extra, je nach Titer 148/145 Fr. (Preise in franz. Fr. nach Lyoner Bedingungen.) Durch die Erhöhung des Frankkurses verteuern sich nicht nur die neu gekauften, sondern auch die früheren, inzwischen eingetroffenen Seiden. Da die Unsicherheit in den Bahnlieferungen immer noch sehr groß ist, und die einzige sichere Beförderung durch Lastautos von Lyon aus erfolgt, so wird diese trotz der damit verbundenen hohen Kosten vielfach vorgezogen. Sind so die Schwierigkeiten in der Beschaffung des Rohmaterials ungeheure, so kommen dazu noch die Hindernisse im Versand der fertigen Ware. Endlich steht damit im Zusammenhang die Zufuhr von gesponnenen und gezwirnten Seiden aus Italien oder der Schweiz, die für gewisse Gewebe nur ungenügend oder gar

nicht zu beschaffen sind. An Angeboten fehlt es nicht, aber trotz verhältnismäßig vorteilhafter Preise läßt die Ungewißheit über die Einfuhr- und Zahlungsmöglichkeit ein Verlangen danach nicht recht aufkommen. — Das Seiden- und Samtwarengeschäft liegt mit Ausnahme einiger weniger begünstigter Artikel, wie Krawatten, Bänder u. a. im allgemeinen wie abgeschnitten. Der Grundpreis für Schappe hat seit Mitte Juni eine Erhöhung von 12 Fr., zum heutigen Kurs ungefähr 28 M das kg, erfahren und ist auf 87 Fr. angelangt. Schuld daran trägt die Preistreiberei auf den Abfallmärkten in Asien, dann aber auch das starke Anziehen des Silberpreises. Da Asien $\frac{3}{4}$ oder mehr des Weltverbrauchs an Schappe liefert, außerdem die Herkünfte von dort für die Herstellung von Samtschappe nicht zu entbehren sind, so sind die asiatischen Abfallmärkte allein für die Preisbestimmung maßgebend. Die Schappespinneien können Aufträge nur noch für das erste Halbjahr 1920 übernehmen. — Für Kunstseiden wird Preise von 160—220 M genannt. („Rh.-W. Ztg.“) —Wth.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Keine Verlängerung des Stahlwerksverbandes. Die Verhandlungen über Verlängerung des Stahlwerksverbandes über Ende August hinaus sind endgültig gescheitert. Nachdem die lothringischen Werke ihren Austritt erklärt haben und auch die Saarwerke nicht mehr im Verband bleiben können, lehnte es auch ein einflußreicher Teil der rheinisch-westfälischen Werke ab, den Verband in der bisherigen Form zu verlängern. Der Verkauf von Halbzeug, Formeisen und Eisenbahnoberbaumaterial erfolgt somit vom 1./8. ab selbständig durch die einzelnen Werke. Man glaubt jedoch damit rechnen zu dürfen, daß die rheinisch-westfälischen Werke sich in irgendeiner anderen loseren Form, wahrscheinlich auf der Grundlage des jetzigen Stabeisenverbandes, wieder zusammenschließen werden. —ar.

Der „Bond van Essencenfabrikanten in Nederland“ wurde zwecks gemeinsamer Interessenvertretung in Amsterdam gegründet. — Od.

In Koblenz wurde unter starker Beteiligung der Malzfabriken der besetzten Rheinprovinz, Rheinhessens und der Pfalz der „Bund deutscher Malzfabriken Gruppe besetzte Rheinlande e. V.“ mit dem Sitz in Koblenz begründet. Den Vorstand bilden die Herren Dr. Paul Weißheimer, Andernach, Direktor Theodor David, Neustadt a. d. Haardt, Karl Winter, Köln, Emil Löwensberg, Mainz, Johann Enß, Andernach. —on.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Schweden. Geforderter Zollschutz für chemische Produkte. Das Chemische Industriekontor Schwedens (Sveriges Kemiska Industrikontor) hat mit Rücksicht auf die jetzige schwierige Lage der chemischen Industrie Schwedens und die unerwartet scharfe ausländische Konkurrenz von seinen Mitgliedern Anregungen für gewisse Maßnahmen eingefordert, die gegebenenfalls vorgenommen werden könnten, um dem katastrophalen Preisfall und der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. In den bei dem Kontor eingelaufenen Antworten haben die betreffenden Unternehmungen . . . u. a. ausnahmsweise betont, daß eine Erhöhung der Zollsätze auf Industrieerzeugnisse unter allen Umständen eintreten muß, und zwar in der Weise, daß dieselben im Verhältnis zu dem gesunkenen Münzwert erhöht werden. Auf Grund dieser Darstellungen beantragt das Industriekontor bei der Regierung, daß eine Revision der jetzt geltenden Zollsätze auf Industrieerzeugnisse unmittelbar eintreten müsse. Eine derartige Erhöhung der Zollsätze würde nur bedeuten, daß das jetzige Zollsystem zur tatsächlichen Auswirkung käme. In dem Schreiben wird weiter hervorgehoben, daß die Regierung sofort eine Untersuchung des Gegenstandes anstellen möge, damit gegebenenfalls schon bei den außerordentlichen Reichstage ein Antrag eingebracht werden kann. („Svenska Dagbladet“, Stockholm, vom 7./7. 1919.) —ar.

Polen. Beabsichtigter Zoll auf Papier. Wie aus Warschau gelerdet wird, beabsichtigt das Ministerium für Handel und Gewerbe, mit dem Projekt eines außerordentlich hohen Zolles auf Papier herzutreten. Der Zoll soll 80 Pf. für das russische Pfund (= 409 g) betragen, ein Satz, der die Preise für Auslandspapier zu phantastischer Höhe anwachsen lassen und die Kosten aller Papier verarbeitenden Betriebe außerordentlich erhöhen würde. Nach Angaben Warschauer Blätter bestehen im ehemaligen Königreich Polen fünf Papierfabriken, von denen jedoch nur zwei arbeiten. Diese können nur einen Teil des inländischen Papierbedarfs decken, und es dürfte noch lange währen, bis die einheimische Erzeugung den Bedürfnissen des Inlandsmarktes gerecht werden kann. („Kresowy Kurjer Polski“ vom 10./7. 1919.) —ar.

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Mexiko. Petroleumgewinnung. Nach amtlichen Nachrichten aus Mexiko hat Italien eine Kommission nach Mexiko gesandt zum Studium der dortigen Petroleumindustrie. Rußland hat seinen Konsul in Mexiko City gleichfalls beauftragt, sich eingehend mit der mexikanischen Petroleumgewinnung zu befassen. Andere europäische Studienkommissionen für Petroleumangelegenheiten sind auf dem Wege nach Mexiko. Nach gemeinsamen Besprechungen in der Hauptstadt soll zunächst Tampico besucht werden. Amtlich wird bekanntgegeben, daß zwei nordamerikanische Prospektoren Konzessionen auf Petroleumbohrung im nördlichen Teil von Chihuahua erworben haben. Das Konzessionsgebiet liegt in derselben geologischen Zone, wie die Ölfelder des Staates Texas, unmittelbar nördlich des River Bravo. Die gleichen Konzessionäre suchen die Erlaubnis nach, in den Federalbezirken von Casas Grandas, Guzman, Trinidad, Santa Maria auf Petroleum zu prospektieren. Die Regierung hat diese Gesuche augenblicklich in Arbeit. („Commerce Reports“ vom 1.7. 1919.) *dn.*

England. Neugründung. Nach englischer Pressemeldung ist eine neue Industrie in Wolverhampton in der Entwicklung begriffen. Es wurde dort unter der Firma Electro-Chemical Developments Company (Ltd.) eine Gesellschaft für die Fabrikation von Magnesium-Metall begründet, das bisher ausschließlich in feindlichen Staaten erzeugt wurde. Dieses Metall ist noch leichter als Aluminium und eignet sich insbesondere für die Fabrikation von Aeroplanen sowie für alle anderen Zwecke, für die gegenwärtig Aluminium in Anwendung kommt. Es hat ein spezifisches Gewicht von nur 1,73. Die Gesellschaft wird noch im Laufe des Monats August unter der Leitung von Mr. Rowntree Hague ihren Betrieb aufnehmen. („Nachrichten“ 24, 1919.) *on.*

Italien. Geschäftsbeschluß. Die „Officina Metallurgiche Broggi“ in Mailand (Gesellschaft für Stahl- und Eisenerzeugung, Kapital 2 500 000 Lire) schließt ihr Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 333 946,36 Lire ab und schüttet 10% Dividende aus. („Nachrichten“ 14, 1919.) *on.*

Niederlande. Kalibohrungen. Im Hinblick auf die Ergebnisse der Kalibohrungen bei Ratum und Plantengaarde hat der holländische Landwirtschaftsminister den Generalstaaten einen Gesetzentwurf zur Bewilligung von 65 000 Fl. zwecks näherer Untersuchungen nach Kalisalzen durch die Reichsmineralienforschungskommission vorgelegt. Dr. Tesch hat nämlich dem Minister mitgeteilt, daß seiner Meinung nach das in dem Berichte der Reichsmineralienforschungskommission ausgesprochene Urteil eine zu ungünstige Darstellung der Sachlage gibt. Die erzielten Resultate sollten gerade beweisen, daß die Möglichkeit des Vorhandenseins abbaufähiger Kalilager noch immer nicht ausgeschlossen ist. Ein Vergleich der Ergebnisse der Bohrungen im Gebiete um Wesel und Xanten mit den drei Bohrungen bei Plantengaarde und Ratum und der deutschen Bohrung Christa bei Oeding ergibt, daß das Kalivorkommen im Gebiete von Winterswijk eine Entwicklung zeigt, die analog der im Gebiete von Wesel und Xanten ist, mit dem sie via Dingen zweifellos zusammenhängt. Auch innerhalb der niederländischen Grenzen werden reichere mit ärmeren Strecken abwechseln, und nach der Ansicht von Dr. Tesch besteht kein Grund, die Hoffnung, Kali aus eigenem Boden zu gewinnen, ganz aufzugeben, bevor alle Punkte, an denen die pernische Salzformation zu erreichen ist, gründlich untersucht sind. Darum fordert der Minister bereits für dieses Jahr 65 000 Fl., während die Kosten der ganzen Untersuchung auf 215 000 Fl. geschätzt werden. *Od.*

Chemische Industrie.

England. Kapitalerhöhung. Die Emission der Aktien von British Dyestuffs Ltd. wird am 21./7. erfolgen. Für das Publikum zur Zeichnung aufgelegt werden von dem 10 Mill. Pfd. Sterl. betragenden Kapital 2 500 000 Pfd. Sterl. 7%ige Vorzugsaktien, 2 500 000 Pfd. Sterl. 8%ige bevorrechtigte Stammaktien. Die Regierung übernimmt eine beträchtliche Anzahl von Aktien zu gleichen Bedingungen wie das Publikum außer den zur Zeichnung aufgelegten Mengen. Der Prospekt liegt noch nicht vor. („Fin.“ vom 16./17.7. 1919.) *Ec.**

Norwegen. Pottascheerzeugung. Nach einer Mitteilung des holländischen Vizekonsuls in Skien hat die Dalen Portland Cementfabrik A/S. in Szevik ihr Gesellschaftskapital von 3 200 000 auf 6 000 000 Kr. erhöht. Außer der Zementerzeugung beabsichtigt diese Fabrik auch die Herstellung von Pottasche für Kunstdüngerzwecke zu betreiben. Das neue Unternehmen wird die erste Pottaschefabrik in Norwegen und imstande sein, ein Drittel des normalen Pottaschebedarfs des Landes herzustellen. Vor dem Krieg bezog Norwegen so gut wie alle Pottasche aus Deutschland, während gegenwärtig Frankreich der hauptsächlichste Lieferant hierfür sein soll. *Kl.*

Österreich. Neugründung. In St. Peter bei Linz wird mit der Errichtung einer Saccharinfabrik begonnen. Die Regierung, welche selbst eine Staatsfabrik für Saccharinerzeugung ins Leben rufen wird, vergab für Deutsch-Österreich zwei Konzessionen für Saccharinfabrikationen, wovon eine die Industrie- und Handelsgesellschaft m. b. H. „Esseff“ in Linz erhielt. Die Neugründung, großzügig ge-

leitet, dürfte bald zu den größeren industriellen Etablissements Oberösterreichs zählen; sie wird von der Zentralbank Deutscher Sparkassen finanziert. („Ung. chem. Ind.“) *Ma.*

Industrie der Steine und Erden.

Niederlande. Geschäftsbericht. Die Gesellschaft zum Betriebe von Limburger Steinkohlegruben in Heerlen schreibt eine Anleihe von 5 Mill. fl. aus. Ihr Kapital beträgt 10 Mill. fl. Hiervon sind 6 Mill. fl. voll eingezahlt, während auf die übrigen 4 Mill. fl. 10% bezahlt sind. Im Jahre 1916 ist bereits eine Anleihe von 5 Mill. fl. zu 5% ausgegeben worden. Zusammen mit der jetzigen 5 Millionenanleihe, die 5½% bringen soll, würde die Obligationsschuld der Gesellschaft also 10 Mill. fl. betragen gegenüber einem eingezahlten Aktienkapital von 6,4 Mill. fl. Die Dividenden der Jahre 1900—1918 betragen 16,9, 6, 6, 6, 0, 3, 5, 8, 6, 0, 0, 0, 8, 8, 8, 20, 20 und 20%. („Nachrichten“ 23, 1919.) *on.*

Betriebserweiterung. Die N. V. van Deventer's Glasfabrieken in Delft nahm einen zweiten Glasofen mit Verwendung flüssigen Brennstoffes als Heizmaterial in Betrieb. *Od.*

Betriebsaufnahme. Die maschinellen Flaschenfabriken der N. V. Vereenigde Glasfabrieken (United Glass works) Leerdam-Vlaardingen sind in Betrieb gesetzt, so daß nunmehr die Erzeugung der Gesellschaft in vollem Umfange wieder aufgenommen ist, was seit Februar 1917 nicht mehr der Fall war. *Od.*

Verschiedene Industriezweige.

England. Rübenzuckerindustrie. Die Bestrebungen zur Schaffung einer eigenen Rübenzuckerindustrie in England haben jetzt einen positiven Erfolg aufzuweisen. In Kelham ist ein geeignetes Grundstück für die Errichtung einer Rübenzuckerfabrik erworben worden. Im nächsten Jahre wird England also selbst Zuckerrüben bauen und verarbeiten. („D. Ztg.“) *Wth.*

Geschäftsbericht. Spicer Brothers' Ltd., London (Papierfabriken). Die Gesellschaft weist im letzten Geschäftsjahr einen Reingewinn von 127 369 gegen 124 072 Pfd. Sterl. im Vorjahr auf. Es wird eine Dividende von 12½% vorgeschlagen. Die Zukunftsaussichten sind günstig, da anhaltend eine starke Nachfrage nach Papier vorhanden ist. („Financial News“ vom 4./7. 1919.) *ar.*

Niederlande. Geschäftsbericht. Die N. V. Algemeene Norit Maatschappij hat das Buchjahr 1918 mit einem Gewinn von 59 042 Fl. abgeschlossen, von dem nach den statutären Abschreibungen nur 7626 Fl. übrigblieben. Auf die 30 000 Fl. Vorzugsanteile werden 5% Dividende verteilt. Nach Angabe der Direktion hat der Kriegszustand, der sich kurz nach der Errichtung der Gesellschaft bedeutend verschärft, auf die Tätigkeit des Unternehmens einen sehr ungünstigen Einfluß ausgeübt. Infolge der allgemein schlechten Geschäftslage der Zuckerindustrie in den meisten Ländern der Welt sind die Lizenzabgaben des In- und Auslandes erheblich hinter denen früherer Jahre zurückgeblieben. Die wichtigste Einnahmequelle des Unternehmens, der Erlös des Verkaufs der Noritpatente, war durch den Krieg, der jeden normalen Verkehr unterband, fast gänzlich versiegt. Nach Abschluß des Waffenstillstandes ist hierin jedoch nach Angabe der Direktion eine bedeutende Verbesserung eingetreten. Die telegraphischen Berichte über die Ergebnisse der Tätigkeit des Direktors des Unternehmens Sauer in Amerika lauten sehr günstig. — Neue Verwendungsmöglichkeiten haben sich für Norit auf dem Gebiete der Wasserreinigung und der Therapie (Medicinal Norit) ergeben. *Od.*

Neugründung. Es wird in Holland eine Gesellschaft gegründet, die verschiedene Zuckerfabrikanten zu einem Konzern vereinigt, der Zuckererzeugung und Handel bezweckt. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 30 000 000 Fl., verteilt auf 100 Vorzugsaktien zu 10 000 Fl. und 29 000 Aktien zu 1000 Fl. Die Westersuikerraffinerij nimmt an dem neuen Unternehmen mit einem Betrage von 6 600 000 Fl. teil. *Od.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.**Allgemeines.**

Neues deutsch-schwedisches Erzabkommen. Zwischen den schwedischen Erzgruben und den deutschen Abnehmern ist, wie der „Voss. Ztg.“ aus dem Rheinlande gemeldet wird, nach längeren Verhandlungen ein neues Erzlieferungsabkommen getroffen worden. Die deutschen Werke haben auf erfolgte Lieferungen und langfristige Verträge, die noch zum Teil aus der Zeit vor dem Kriege datieren, erhebliche rückständige Zahlungen zu begleichen, und die Schweden haben sich mit einer weiteren Verlängerung der hierauf laufenden Akzepte nur unter gewissen Bedingungen einverstanden erklärt. Nach den neuen Vereinbarungen soll die Zahlung nunmehr in vier Raten erfolgen, und zwar ist die erste Rate fällig im Dezember d. J. Die drei übrigen Raten sind am 1.7. 1920, 1921 und 1922 zu begleichen. Für neue Lieferungen auf Grund dieser alten Verträge sind den Schweden Preiserhöhungen zugebilligt worden. Die Be-

zahlung hierfür hat ebenso für neue Abschlüsse, in bar zu erfolgen. Mit Rücksicht auf den ungünstigen Valutastand ist die Abschlußtätigkeit aber noch sehr gering. *dn.*

Aus der Kaliindustrie.

Neuer Lohntarif in der Kaliindustrie. Wie die Fachzeitung „Industrie“, Berlin, berichtet, schweben Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Einführung eines neuen Lohnarifs in der Kaliindustrie. Gemeinsame Beratungen, die in Weimar stattfanden, haben Übereinstimmung darüber ergeben, daß der von den Arbeitern angestrebte neue Lohnarif, der höhere Löhne, Urlaube und dergleichen vorsieht, nur dann in vollem Maße verwirklicht werden kann, wenn auch die von der Kaliindustrie neuerdings beantragte Preiserhöhung unverkürzt bewilligt wird. Alle früheren Anträge sind in der Kaliindustrie nur mit Abstrichen bewilligt worden. Auch die Arbeitervertreter haben bei den jetzigen Verhandlungen in Weimar sich zu der Auffassung bekannt, daß die neuen Lohnforderungen nur dann ganz zugestanden werden können, wenn auch die Preisforderungen im vollen Umfange bewilligt sind. *on.*

Bergbau und Hüttenwesen; Metalle.

Zur Erzversorgung der Eisenindustrie. Am 25./7. hat in Düsseldorf die neugegründete Erzgemeinschaft, die über 95% aller deutschen Erzverbraucher umfaßt, getagt. Es war allgemeine Erregung darüber, daß auch mit der Sozialisierung des Erzbergbaus vorgegangen wird, ohne daß irgendwelche Fühlungnahme mit den Interessenten stattgefunden hat. Insbesondere wurde die Frage aufgeworfen, ob es noch Sinn habe, gemeinsam an die Aufschließung neuer Erzvorkommen heranzugehen, wenn hinterher der Staat die Hand darauf legt und damit der Industrie die Möglichkeit einer wirtschaftlichen und zweckentsprechenden Ausnutzung nimmt. Insbesondere wurde auf die Tatsache hingewiesen, daß die Reichsregierung das Ilseder Erzvorkommen verstaatlichen will, obgleich ihr bekannt ist, daß sämtliche deutschen Hüttenwerke mit Ilsede über den Abschluß eines langjährigen Erzvertrages einig geworden sind. Man versteht die Ausführungen in der Rede des Ministerpräsidenten Bauer nicht, der die Interessen der Allgemeinheit gegenüber Ilsede durch die Verstaatlichung schützen will, obgleich eben diese Allgemeinheit mit Ilsede vollständig einig ist über die Art und Weise der Belieferung. Es wurde dann beschlossen, alle Aufschließungsarbeiten ruhen zu lassen und erst den Ausgang mit Ilsede abzuwarten. („K. Ztg.“) *on.*

Der Verein deutscher Eisenhüttenleute hat unter Beteiligung von über 95% der Erz verbrauchenden Hüttenwerke ein Abkommen zur gemeinsamen Verfolgung aller Erzfragen getroffen. Der zu diesem Zweck gebildete Erzausschuß wird in erster Linie die Erforschung inländischer Eisenerzlagertäten, ferner Fragen aus dem Gebiete der Erzaufbereitung und schließlich die gemeinsame Bewirtschaftung der gewonnenen Erze in Angriff nehmen. Dieser neue Erzausschuß wird, da er die gesamten deutschen Erzverbraucher vertritt, bei der Frage der Sozialisierung nicht übergangen werden können. *on.*

Erdölfunde in Oldenburg. In dem Orte Bloh, eine halbe Stunde von Oldenburg an der Bahnlinie Oldenburg—Leer, wurde durch mehrere sachverständige Herren das Gelände in der Nähe des Bahnhofs Bloh, auf welchem zur Zeit nach bituminösen Stoffen gebohrt wird, auf Vorhandensein von Erdöl untersucht. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich hier wirklich um ein großes ausbeutungsfähiges Erdölgebäude handelt. Mehrere Erdölhöizonte mit leichterem und schwerem Öl unter starkem Gasdruck sollen vorhanden sein. („D. Ztg.“) *Wth.*

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

Reichstarifvertrag für die chemische Industrie. Nach langwierigen, eingehenden Verhandlungen ist am 18./7. zwischen dem „Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands“ einerseits und dem „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands“, dem „Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter“ und dem „Gewerkverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter“ andererseits ein Tarifvertrag für die gesamte chemische Industrie des Deutschen Reiches abgeschlossen worden. Der Geltungsbereich des Vertrages, der vom Reichsarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt werden soll, erstreckt sich auf das Arbeitsverhältnis aller Arbeiter und Arbeiterinnen solcher Betriebe, die innerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie angeschlossen sind, sowie solcher chemischen Betriebe, die als Nebenbetrieb anderer Industrien bestehen und sich der Vereinbarung anschließen. Geregelt sind in dem Vertrage die Arbeitszeit, die Arbeitsvermittlung, die Ferien, das Schlichtungsverfahren, sowie die allgemeinen Lohnfragen. Die Festsetzung der Lohnsätze bleibt jedoch den Unterverbänden der beteiligten Zentralorganisationen vorbehalten. („Frkf. Ztg.“) *ll.*

Gewerbliche Fragen.

Gewerblicher Rechtsschutz.

Polnischer Patent- und Warenzeichenschutz. In den Kreisen der deutschen Interessenten erregte die Mitteilung, daß die Frist zur Einreichung von Anträgen auf Patent- und Warenzeichen beim polnischen Patentamt am 7./8. abläuft, lebhafte Besorgnis. Wie der Deutsch-Russische Verein auf Grund einer ihm von seinem Wandschauer Rechtsbeistand zugegangenen Mitteilung uns schreibt, ist diese Frist endgültig bis zum 7./11. dieses Jahres verlängert worden. Firmen, die ihre Patent- und Warenzeichenschutzrechte in Polen zu regeln haben, seien darauf hingewiesen, daß der Deutsch-Russische Verein in der Lage ist, in derartigen Angelegenheiten zu vermitteln. („D. Allg. Ztg.“) *on.*

Personal- und Hochschulnachrichten.

Es wurden berufen (ernannt): Der o. Professor der Pharmakologie an der Universität Halle a. d. Saale Dr. Gros in gleicher Eigenschaft an die Universität Köln; Henri Gautier wieder zum Direktor der École de Pharmacie in Paris; Graf Hilaire de Chardonnet, der jetzt 80jährige Erfinder der Kunstseide aus Nitrocellulose, zum Mitglied der Academie des Sciences; er hat für seine Leistungen auf dem Gebiete der Schießbaumwolle das Kreuz der Ehrenlegion erhalten.

Dr. F. Thies, Assistent des chemisch-technischen Instituts an der Hochschule in Karlsruhe, hat an dieser im Wintersemester 1919/1920 die Vorlesungen und Übungen über Färberei, Textil- und Farbenchemie übernommen.

Gestorben ist: Dr. Paul Carles, Professor an der medizinisch-pharmazeutischen Fakultät der Universität Bordeaux.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Zum Vorstandsmitglied gewählt: Direktor K. Lindner, Sobbyowitz, bei der Fa. Zuckerfabrik Sobbyowitz in Sobbyowitz.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: O. Bartz, Köln, bei der Fa. Henkel & Cie. m. b. H., Köln; W. Burmester, Lübeck, bei der Fa. Chemisch-technische Fabrik Hela G. m. b. H., Lübeck; P. Richter, bei der Zuckerfabrik Landsberg m. b. H., Landsberg; O. Wiedenmeyer, Berlin, bei der Fa. Deutsche Bohrgesellschaft für Erdöl G. m. b. H., Berlin; P. Zühdorff, Berlin-Schöneberg, bei der Fa. Adezet-Laboratorium (Fabrik chemisch-technischer Artikel) G. m. b. H., Berlin.

Eingelaufene Bücher.

(Die Besprechung der eingelaufenen Bücher wird vorbehalten.)

Brearley, Harry, u. Schäfer, Rudolf, Die Werkzeugstähle u. ihre Wärmebehandlung. 2. Aufl. mit 212 Abbild. Berlin 1919. Julius Springer. geb. M 16,—

Fischer, Dr. jur. A., Die heutige Sach- u. Rechtslage in der Deutschen Reichs-Unfallversicherung. Berlin 1919. Albert Seydel, Verlagsbuchhandlung. geb. M 10,—

Hirt, Dr. Walter, Die Einheit in der Natur. Eine naturwissenschaftlich-psycholog. Studie. Mit 23 Originalfiguren. München 1918. Ernst Reinhardt. geb. M 17,50, kart. M 14,30

Kaiser, Prof. Dr. K., Der Luftstickstoff u. seine Verwertung. 2. Aufl. Mit 13 Abb. im Text. Berlin u. Leipzig 1919. B. G. Teubner. kart. M 1,80, geb. M 1,90 und Teuerungszuschlag.

Kauffmann, Prof. Dr. H., Allgemeine u. physikalische Chemie. 2. Teil. Mit 2 Fig. 2. verbesserte Aufl. Berlin u. Leipzig 1919. G. J. Göschen'sche Verlagsbuchhandlung. kart. M 1,80

Loehlein, Prof. Dr. med. M., Die krankheitserregenden Bakterien. Grundtatsachen der Entstehung, Heilung u. Verhütung der bakteriellen Infektionskrankheiten des Menschen. 2. verb. Aufl. Mit 33 Abb. im Text. Berlin u. Leipzig 1919. B. G. Teubner. kart. M 1,80

Löb, W., Prof. Dr., Einführung in die Biochemie. 2. Aufl. Leipzig-Berlin. B. G. Teubner. Mit 12 Figuren im Text. kart. M 1,60, Verlags- und Buchhandlungsteuerungszuschlag.

Schilling, Dr. E., und Bunte, Dr. H., Handbuch der Gastechnik. München u. Berlin 1919. R. Oldenbourg. geh. M 20,—, geb. M 23,—, 10% Teuerungszuschlag.

Schmid, Prof. Dr. Bastian, Deutsche Naturwissenschaft, Technik u. Erfindung im Weltkriege. München-Leipzig 1919. Otto Nemnich.

Schmidt, Prof. Fr., Was viele Photographierende nicht wissen. Ein Handbuch praktischer Ratschläge u. Erfahrungen. 3. verb. u. erweit. Aufl. Leipzig 1919. E. A. Seemann. geb. M 7,—

- Schuchart**, Dr. Th., Japans Rüstung für den Handelskrieg. Ein Beitrag zur neuesten Entwicklung der japanischen Außenhandelsförderung. Berlin 1918. Franz Siemenroth. kart. M 2,50
- Schuchart**, Dr. Th., Die Außenhandelsförderung Englands in ihrer neuesten Entwicklung. 2. unver. Aufl. Berlin 1918. Franz Siemenroth. geh. M 2,50
- Schulz**, Dr. Hugo, Vorlesungen über Wirkung u. Anwendung der deutschen Arzneipflanzen. Leipzig 1919. Georg Thieme. geh. M 15,— geb. M 16,80, 25% Teuerungszuschlag.
- Schwarz**, Ing. Rob., Die Mineralölindustrie Österreich-Ungarns. Wien und Berlin 1919. Verlag für Fachliteratur G. m. b. H. Geb. M 22,40
- Stettbacher**, Dr. A., Die Schieß- und Sprengstoffe. Mit 141 Abb. im Text. Leipzig 1919. Joh. Ambr. Barth. Geh. M 32,—
- Thedering**, Dr. med. F., Das Quarzlicht und seine Anwendung in der Medizin. 3. verb. u. erweit. Aufl. Oldenburg und Berlin 1919. Gerhard Stalling. Kart. M 9,— + 10% Teuerungszuschlag.
- Trenkler**, H. R., Die Chemie der Brennstoffe vom Standpunkt der Feuerungstechnik. Mit 2 Fig. im Text u. 2 Tafeln. Heft 1. geh. M 4,— und Teuerungszuschlag.
- Vortmann**, Prof. Dr. G., Übungsbeispiele aus der quantitativen chem. Analyse durch Gewichtsanalyse einschl. der Elektroanalyse. Mit 12 Abb. 4. Aufl. Leipzig u. Wien 1919. Franz Deuticke. geh. M 2,—
- Zimmermann**, Dr. med. Leo, *Saladini de Asculo Serenitatis principis Tareti physici principalis compendium aromatorum*. Leipzig 1919. Johann Ambrosius Barth. M 8.—

Bücherbesprechungen.

Rohstoffkrieg oder Wirtschaftsfrieden? Von Prof. Dr. H. Grobmann. Dresden und Leipzig 1918. „Globus“-Verlag.

M 2,—

Der tatsächliche Inhalt der Schrift — die im wesentlichen wörtliche Wiedergabe des Sitzungsberichtes des französischen Senats vom 7./2. 1918 und der Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 12.—14./3. 1918 über den Krieg nach dem Kriege — ist inzwischen durch die Ereignisse in schlimmster Weise überholt. Dennoch bleiben derartige Materialzusammenstellungen sehr nützlich, da sie in gedrängter Form einen Einblick in die Ereignisse und Strömungen gewähren, deren Bild durch Parteileidenschaften und die Fülle der aufeinanderfolgenden Geschehnisse verwischt wurde. Von großen Interesse ist es besonders auch, aus den Verhandlungen des französischen Senats zu entnehmen, wie klar man sich lange vor unserem Zusammenbruch über die Schäden war, die aus der Überspannung unserer Zwangswirtschaft für uns entstehen müssten, und wie sehr man sich bemühte, solche Nachteile zu vermeiden — während bei uns auch heute noch immer starke Kräfte am Werke sind, die offenbar auch durch den größten Schaden nicht klagt werden können.

Dr. K. [BB. 9.]

Ziele und Gefahren der Sozialisierung. Von Dr. Bruno Heine. in a n n. Berlin 1919, Karl Curtius Verlag. M 50

Die kleine Broschüre erörtert in populärer und wirksamer Weise die Vorteile und Gefahren der Sozialisierung. Der Verfasser bemüht sich, dabei objektiv und parteilos vorzugehen. Das wesentliche Ergebnis seiner Ausführungen kommt darauf hinaus, daß die Gefahren einer Sozialisierung die Wahrscheinlichkeit von Vorteilen bei weitem überwiegen und daß insbesondere im gegenwärtigen Augenblick Sozialisierungen nur den Interessen der Feinde dienen würden. Was übrigens unter Sozialisierung zu verstehen ist und wie ein sozialisierter Betrieb tatsächlich aussehen würde, erörtert der Verfasser übrigens auch nicht, wie das ja bei der ganzen Unklarheit und Lebensfremdheit dieses unglückseligen Begriffes auch kaum möglich ist.

Die kurze und übersichtliche Schrift eignet sich gut zur Verbreitung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten, die für die „Sozialisierung“ mit mehr Energie als Sachkenntnis und Verantwortlichkeitsgefühl eintreten.

Dr. K. [BB. 114.]

Zur Erkenntnistheorie vom Gelde. Von Franz Karl Graf Marenzi, Wirklichem Geheimen Rat. (K. u. k. Hofbuchhandlung Julius Benkö, Budapest, 1918.)

Die knapp 29 Seiten umfassende Schrift eines anscheinend recht hohen „k. u. k.“ Beamten ist vor der Revolution verfaßt und gedruckt, als es noch k. u. k. Beamte gab, die viel überflüssige Zeit hatten. Aber auch für die Zeit vor der Revolution möchte ich mein Urteil über diese Druckschrift dahin zusammenfassen, daß sie ebenso gut (oder mit Rücksicht auf die 1918 wohl auch in Ungarn herrschende Papiernot besser) nicht gedruckt worden wäre. Denn, trotzdem ich mich durch die teilweise recht schwülstigen Darlegungen des Verf. hindurchgelesen habe, kann ich eine Bereicherung meiner volkswirtschaftlichen Kenntnisse nicht feststellen, habe auch keine irgendwie hervorragenden Gedanken gefunden. Mag sein, daß die Ausdrucksweise des Verf. so eigenartig ist, daß ich seine tieferen Ge-

dankengänge nicht erkannt habe. Aber wenn man gleich auf der ersten Seite lesen muß, „das heutige Geld sei das Werk einer historischen Evolution, ... nicht eine momentane, ... durch die Gesetzgebung spontan bewirkte Konstruktion“ usw., wenn weiter der Verfasser mit sichtlichem Behagen beispielsweise von „rein naturalistischen Empirikern“, von „doktrinären Ökonomen“, von „agitatorischer Tendenz“, von einer „Dekomposition, nicht aber aktiver Befruchtung“ (!), von „Palpablem“ (!), von „Zwangslagen der omnipotenten Staatsgewalt“ redet, und ähnliche Beweise einer tiefgründigen Wissenschaftlichkeit fast auf jeder Seite dem Leser vorsetzt, dann wird es vielleicht begreiflich, daß der Leser ihn nicht begreift oder ihm nicht folgt.

Patentanwalt L. Max Wohlgemuth. [BB. 141.]

Erich Schairer, Rathenau-Brevier. Heft 5 der Schriftenreihe Deutsche Gemeinwirtschaft 1918. Bei Diedrichs in Jena. Preis M 1,—

Hundert Aussprüche aus den Schriften von Walter Rathenau, aphoristisch zusammengestellt. Der Herausgeber schreibt selbst in seiner Einleitung: „Die Leistung ist, wie ich wohl weiß, nichts weniger als vollkommen und bietet der Kritik viele Blößen... Sie scheut sich nicht, ihren rein propagandistischen Charakter zu bekennen. Dieses Brevier will nicht mehr als ein Plakat, meinetwegen eine Reklame sein.“ — Dieser Kritik des Herausgebers an seinem eigenen Werke kann man nur unbedingt zustimmen und braucht höchstens hinzuzufügen, daß es nicht begreiflich ist, daß ein Mann von der Bedeutung Rathenau in einer so einseitigen und wenig geschmackvollen Weise von seinen Freunden für sich Propaganda machen läßt. Denn anders kann man die Schrift kaum bezeichnen, und es sei hier nur der erste Satz der zwei Seiten langen Lebensbeschreibung Rathenau wiedergegeben, der dem Leser ungewohnte mystische Zusammenhänge eröffnet: „Geboren am 29./9. 1867 in Berlin. Auf diesen Tag fiel das Fest des deutschen Schutzpatrons Sankt Michael, auf den Vorabend des höchsten jüdischen Festes, des Neujahrsabends, und beide auf einen Sonntag.“

Rein aphoristisch betrachtet bieten die hundert kurzen Auszüge, wie die Schriften Rathenau überhaupt, vieles Anregende und Interessante, enthalten aber auch ebensoviel Anfechtbares und direkt Falsches. Wer Rathenau kennenlernen will, muß zu seinen Schriften selbst greifen und kann sich nicht auf diese Auslese beschränken. Im übrigen sind die ausgesuchten Stellen ausschließlich nach den Gesichtspunkten sozialistischer Tagesstimmungen und Propaganda zusammengestellt und ergeben insgesamt ein viel einseitigeres und unmöglicheres Wirtschaftsbild, als es den Rathenauschen Anschauungen entspricht. Auch sind derartige, jedem leicht faßbare tendenziöse Auszüge wirtschaftspolitisch durchaus nicht ungefährlich, indem sie den bekannten Namen und die wirtschaftliche Autorität eines Großindustriellen für eine unmögliche wirtschaftliche Auffassung als Aushängeschild benutzen und es jedem unreifen oder tendenziösen Tagespolitiker ermöglichen, sich scheinbar auf diese Autorität zu berufen. Es wäre natürlich ohne weiteres möglich, durch herausgerissene Sätze aus Rathenau's Schriften ein Wirtschaftsbild zusammenzustellen, das dem in der vorliegenden Sammlung entzogenen völlig entgegengesetzt ist. Das Rathenau-Brevier kann nicht als eine erfreuliche literarische Erscheinung angesprochen werden.

Dr. Kochmann. [BB. 73.]

Handbuch der Radiologie. Herausgegeben von Dr. Erich Marx. Bd. V. A. Bestelmeyer: Die spezifische Ladung des Elektrons. — H. Starke: Kathodenstrahlen. — E. Marx: Röntgenstrahlen. Leipzig. Akademische Verlagsanstalt m. b. H. 1919. 706 Seiten.

Mit der erfreulichen Geschwindigkeit, die in dieser Zeit besondere Anerkennung verdient, ist jetzt Bd. V des Handbuchs der Radiologie erschienen. Er behandelt die in der Überschrift angegebenen Gegenstände durch hervorragende Fachmänner. Nach einer allgemeinen Einleitung über die spezifische Ladung des Elektrons, gibt A. Bestelmeyer zunächst die hauptsächlichsten Gleichungen, die für die spezifische Ladung des Elektrons in Betracht kommen. Dann folgen die zahlreichen Bestimmungen von $\frac{e}{m}$ an freien Elektronen gleicher Geschwindigkeit und gleicher Richtung und an freien Elektronen verschiedener Geschwindigkeit und verschiedener Richtung. Nach einer Aufstellung allgemeiner Gesichtspunkte bei der Ausführung und Beurteilung von Messungen der spezifischen Ladung des Elektrons gibt Bestelmeyer am Schluß einen zusammenfassenden Überblick über die Bestimmung der spezifischen Ladung des Elektrons in chronologischer Reihenfolge der Resultate. Der von H. Starke bearbeitete Abschnitt über die Kathodenstrahlen behandelt nach einer allgemein orientierenden, sehr klar geschriebenen Einleitung, Zerstreuung (Reflexion), Sekundärstrahlung und Absorption von Kathodenstrahlen in festen Körpern und in Gasen. Die schwierige Materie ist gut und glücklich bearbeitet, bietet aber wegen ihrer fast durchweg physikalischen Resultate für den Chemiker wenig von Interesse. Den weitaus größten Teil des Buches (von S. 151 bis 683) nimmt der Beitrag von Erich Marx über Röntgenstrahlen in Anspruch, und hier haben wir eine recht vollständige, nach jeder

Richtung hin sorgfältig anschaulich und interessant dargestellte Zusammenfassung über dies wichtige Gebiet. Mehr theoretischer Natur ist das erste Kapitel „Erzeugung und Struktur der Bremsstrahlung“, wogegen das 2. Kapitel über die „technische Röntgenröhre“ uns sehr glücklich in dies weit ausgebaut Gebiet einführt und uns zeigt, wie vielseitig Apparaturen konstruiert werden, die, unter Wahrung möglichster Betriebssicherheit, einen möglichst großen Teil der ihm in Form eines hochgespannten Stromes zugeführten Energie in Röntgenstrahlen umsetzen. Selbstverständlich konnten nicht alle Konstruktionen berücksichtigt werden, doch dürfte keine wichtige Type vergessen sein. Viele und sehr instruktive Abbildungen illustrieren die Ausführungen, so daß jedes Röntgenrohr der Praxis verständlich wird. Weniger Interesse für den Chemiker haben dann wieder die Kapitel „Energie, Nutzeffekt und Zeitdauer der Röntgenstrahlung“ und „Polarisation der Röntgenstrahlen“. Dagegen bringt das Kapitel über die „Natur der Ionisation durch Röntgenstrahlen“ auch den Chemiker Interessierendes. Es folgen nun Kapitel über „Geschwindigkeitsmessung der Röntgenstrahlen“, „Streuung der Röntgenstrahlen“, „Sekundäre Elektronenstrahlen“ und die von Barkla und Sadler entdeckte „charakteristische Strahlung“, die ihrer Bedeutung entsprechend ausführlich behandelt wird. Von aktuellstem Interesse ist aber das Schlußkapitel „Beugung und Interferenz der Röntgenstrahlen“. Hier werden die Beugungerscheinungen erst am Spalt und dann am Krystallgitter eingehend behandelt, und darauf die Versuchsergebnisse von Friedrich und Knipping sowie die Berechnungen von Laue und Bragg mitgeteilt, worauf die grundlegenden Arbeiten über die Krystallstruktur von W. und von H. Bragg übersichtlich und unschwer faßlich zur Darstellung gelangen. Nach den Untersuchungen über die Erschließung der Krystallstruktur folgt die Röntgenspektroskopie, theoretisch wie technisch gleich gut dargestellt mit ihren wichtigen Auswirkungen in dem Rutherford-Bohrschen Atommodell. Jeder Leser wird dieser verdienstvollen Zusammenfassung und Bearbeitung reiche Anregung verdanken und wie die früheren kann auch dieser Band wärmstens empfohlen werden.

Henrich. [BB. 36.]

Das Erdöl, seine Physik, Chemie, Geologie, Technologie und sein Wirtschaftsbetrieb in fünf Bänden. (V. Band.) Herausgegeben von Engler und v. Höfer. Verlag von Hirzel, Leipzig 1919.

Die hohe Bedeutung des Erdöls im Frieden und Krieg rechtfertigt den Umfang des vorliegenden Werkes. In Rücksicht auf die schwierige Zeit ist es hoch anzuerkennen, daß durch manche neuzeitliche Ergänzungen, welche bei der vielseitigen Abgeschlossenheit nur schwer und leider auch nicht durchweg geschaffen werden konnten, trotzdem ein für die Gegenwart zutreffendes Bild der Erdölwirtschaft geboten wird.

Man erhält eine genaue Darstellung der rechtlichen Grundlagen der Erdölindustrie in den verschiedenen Ländern, ferner einen genauen, aber großzügigen Überblick der wirtschaftlichen Grundlagen nebst der Geschichte dieser Industrie in allen Hauptländern. Die Geologie, die Tiefe der Lagerstätten, die Ergiebigkeit und deren Dauer, sowie die Kapitalinvestitionen in den einzelnen Gebieten, die Produktion, der Verbrauch, Groß- und Detailhandel finden eine genaue Behandlung.

Äußerst wichtig sind die Abhandlungen über die Wertschätzung von Erdölgebieten, die Erdwachs- und Asphaltwirtschaft.

Ogleich das Buch schon vor dem Weltkriege gesetzt war, gibt es doch ein zutreffendes Bild der Erdölindustrie, weil es durch Ergänzungen neuzeitlich gestaltet ist. Dr. Willy Gräfe. [BB. 113.]

Entstehung und Ausbreitung der Alchemie. Mit einem Anhange: Zur älteren Geschichte der Metalle. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte von Prof. Dr. Edmund O. von Lippmann. 758 S. Berlin 1919. Julius Springer.

Preis M 36,—, geb. M 45,—

Mit dem vorliegenden Werke hat E. O. v. Lippmann allen Chemikern, die sich für die Frühgeschichte ihrer Wissenschaft interessieren, eine große Freude bereitet. Es gab zwar schon verschiedene Werke, die in mehr oder weniger großer Ausführlichkeit die Geschichte der Alchemie behandelten: Schriften von Kopp, Berthelot, Chevreul, Hoefer, Schmieder und anderen; alle diese Veröffentlichungen waren aber entweder veraltet oder unzureichend oder gar unzuverlässig, und es fehlte gerade auf diesem Gebiete ein modernes, gründliches Werk, auf das nicht nur der Historiker der Chemie, sondern jeder Chemiker überhaupt zurückgreifen konnte. Diese Lücke ist jetzt ausgefüllt.

Wer sich der vielseitigen Verknüpfung des zu behandelnden Stoffes mit philologischen, orientalistischen, paläographischen und religionsgeschichtlichen Problemen bewußt ist, wird es verstehen können, daß selbst ein Fachmann von so hervorragender historischer Schulung wie Lippmann für die Behandlung dieser Sondergebiete Anlehnung an Spezialisten suchen mußte. Es trägt daher nur sehr zur Erhöhung der Zuverlässigkeit dieses Buches bei, daß bedeutende Fachgelehrte den Verfasser bei der Durchsicht des Manuskriptes unterstützt haben, so daß dieses Werk in jeder Hinsicht sachkundiger Kritik standhält. Daß ein Chemiker, allerdings mit großem histo-

rischen und philologischen Wissen, dieses Buch schrieb, ist jedenfalls der Sache dienlicher gewesen, als wenn ein Historiker oder Philologe mit chemischen Kenntnissen es verfaßt hätte.

Wenn es auch unmöglich ist, auf den Inhalt der Lippmannschen „Alchemie“ näher einzugehen, so seien hier doch die Hauptlinien wiedergegeben, denen die Darstellung des Verfassers folgt. Zunächst werden die Überreste der alchemistischen Literatur eingehend besprochen, insbesondere die wichtigen, wohl aus dem 3. Jahrhundert n. Chr. stammenden Papyri von Leiden und Stockholm, die 1828 auf einem Gräberfeld in der Nähe des ägyptischen Theben entdeckt wurden. Sie sind eine Fundgrube von interessanten Angaben über frühe chemische Betätigung geworden, da sie zahlreiche Vorschriften für die Nachahmung und Verfälschung der Edelmetalle, Edelsteine und Perlen, für die Darstellung und Anwendung von Farben und die Ausübung ähnlicher „Künste“ enthalten. Im Anschluß an diese wohl älteste bekannte Sammlung von Rezepten werden die Lehren und Leistungen der Alchemisten und Alchemistinnen der ersten Jahrhunderte besprochen und die Einflüsse der griechischen Philosophie, der Ideen des Orients, des Hellenismus und Synkretismus auf die Entwicklung der Alchemie klargelegt. In einem weiteren Abschnitt wird die Alchemie des Orients behandelt, insbesondere die der Araber; es folgt ein Kapitel über die Alchemie des europäischen Mittelalters bis 1300 und ein kurz gehaltener Überblick über ihre Weiterentwicklung nach 1300. In einem Anhange gibt schließlich der Verfasser einen ausgezeichneten Beitrag zur älteren Geschichte der Metalle. Die Kritik des Historikers Berthelot, die als Nachtrag das Werk abschließt, ist durchaus berechtigt; ihre strenge Sachlichkeit wäre vielleicht noch wirksamer, wenn sie nicht isoliert als Nachtrag dastünde, sondern an den Stellen der Hauptabschnitte eingefügt wäre, wo der Verfasser schon auf Mängel der Berthelotschen Arbeiten hinweist. Erwähnt sei noch, daß vier sorgfältige Inhaltsverzeichnisse die Brauchbarkeit des Buches als Nachschlagewerk besonders erhöhen: ein Register der griechischen Worte, ein Verzeichnis der angeführten Schriftsteller und Werke, ein solches der geographischen, Eigen- und Völkernamen und ein Sachregister.

Hoffentlich bleibt die Verbreitung dieses vorzüglichen Werkes nicht auf die Bibliotheken und die Studierstuben einiger weniger historischen Liebhaber beschränkt. Jeder Chemiker, und ganz besonders jeder „angewandte Chemiker“, sollte es sich anschaffen. Sich in die Vorgeschichte seines Faches zu versenken und zu erkennen, wie schon in den frühesten Zeiten die Probleme der Chemie sich verwoben mit den tiefsten Ideen der Menschheitsgeschichte, bedeutet scelischen Gewinn für alle, die den Gefahren einer Hypertrophie des Berufsmenschentums ausgesetzt sind. Das Studium der Alchemie und der Chemiegeschichte überhaupt ist vielleicht das geeignetste Mittel, um ein Gegengewicht gegen eine immer mehr zutage tretende Mechanisierung unserer Wissenschaft und unseres Berufes zu schaffen. Möge in diesem Sinne — als Beitrag zur Diätetik der Seele des Chemikers — Lippmanns neues Werk zahlreiche Leser finden!

G. Bugge. [BB. 34.]

Grundzüge der Chemie und Mineralogie. Von Arendt-Doerner. 12. Auflage. Leipzig 1919. Verlag von Leopold Voß.

Das vorliegende Buch ist zur Zeit eines der besten Werke und mit Recht für alle Schulgattungen bestimmt. Es ist wohlbekannt, daß der Lehrgang nach Reaktionen geordnet ist, und ein und dieselbe Materie wird nicht an einer Stelle erschöpfend behandelt, sondern dieselbe tritt zu verschiedenen Zeiten und wiederholt auf, so daß man erst nach und nach einen genauen Begriff von dem Wesen des betreffenden chemischen Stoffes bekommt. Dabei wird es dem Lehrer überlassen, den Zusammenhang im Unterrichte nach Belieben herzustellen. Auf diese Weise wird das Interesse des Schülers für die einzelnen Gegenstände stets wach erhalten, zugleich wird dem Schüler Gelegenheit gegeben, sich selbsttätig am Unterricht zu beteiligen. Die chemischen Begriffe werden auf diese Weise allmählich klar entwickelt und so vollständig zur Anschauung gebracht. Gleichzeitig gibt der Verfasser dem Buche eine Übersichtstabelle der Elemente und chemischen Verbindungen bei, um bei repetitorischen Übungen den Schülern einen systematischen Überblick über Gleichartiges zu bieten.

Die vorliegenden Grundzüge heben vor allen Dingen die allgemeinen Gesichtspunkte heraus und legen weniger Wert auf die Darstellung von Einzeltatsachen. Wenn man ferner bedenkt, daß man bei modernen chemischen Schülerübungen immer mehr davon abkommt, qualitative Analysen ausführen zu lassen, so muß man anerkennen, daß dieses Buch den neuesten pädagogischen Bestrebungen auf diesem Gebiete gerecht wird.

Trotz des äußerst umfangreichen Stoffes ist alles Unwesentliche weggelassen, und durch Besprechung leichter grundlegender Versuche wird das Wesen der Reaktionen faßlich gemacht, Grundlchen und Gesetze genau entwickelt, so daß auch der Schüler einen tiefen Einblick in das Wesen der agrikulturchemischen, technischen und biologischen Prozesse bekommt.

Der mineralogisch-petrographische Teil ist kurz aber trefflich abgefaßt. Die optischen Untersuchungsmethoden der Mineralien sind mit Absicht nicht behandelt worden, da die Zeit für diesen

gewaltigen Stoff an den höheren Schulen noch zu kurz bemessen ist. Äußerst lehrreich ist die Buntdrucktafel der wichtigsten Dünn-schliffe für einen Schüler als Anleitung zum Mikroskopieren.

Dr. Willy Gräfe. [BB. 85.]

Gutachten des Reichs-Gesundheitsrats über das duldbare Maß der Verunreinigung des Weserwassers durch Kali-Abwässer. (2. Teil.) Berichterstatter: Geh. Reg.-Rat Dr. Kerp. — Sonderabdruck aus „Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt“, Bd. LI, Heft 2, 1919. S. 239—389, mit 31 tabellarischen Übersichten. Verlag J. Springer, Berlin.

Während der 1. Teil des vorliegenden Gutachtens (vgl. Arb. a. d. Reichsgesundheitsamte 50, 279—306 [1916]) die Frage beantwortete, inwieweit das Weserwasser mit Kaliabwässern angereichert werden darf, ohne seine Verwendung zur Trinkwasserversorgung für ein großes Gemeinwesen unmöglich zu machen, nimmt der nun veröffentlichte 2. Teil Stellung zu der Frage, ob und mit welchen Mitteln die Nachteile verhütet werden können, welche die Kaliindustrie den auf die Benutzung der Flusswässer angewiesenen Interessentenkreisen zufügt. Die aus den umfassenden Darlegungen zu ziehenden Schlüssefolgerungen lassen zunächst erkennen, daß bei einer Innehaltung der Höchstgrenzen für Gesamthärte (20°) und Chlorgehalt (250 mg i. l.), wie sie für das Weserwasser bei Bremen im Hinblick auf die Verwendung dieses Wassers als Trinkwasser für die Stadt durch das 1. Gutachten festgesetzt worden sind, auch den Anforderungen entsprochen wird, die zum Schutze der Interessen der Fischerei, der Land- und Viehwirtschaft sowie der Industrie an das Weserwasser billigerweise zu stellen sind. Damit auch bei voller Ausnutzung der höchsten zulässigen Jahresverarbeitung an Kalirohsalzen die für das Weserwasser bei Bremen festgesetzten Grenzen nicht überschritten werden, sind, bei Wasserführungen unter den durchschnittlichen Abflußmengen, die entstehenden Kaliabwässer, einschließlich der Schacht-, Spül- und Haldenwässer, sowie der Kieseritwaschwässer, in Abwässerbecken mit Klär- und Verdünnungseinrichtungen aufzuspeichern und in die Vorflut nur entsprechend deren jeweiligem Wasserstande zu entlassen. Empfehlenswert ist die Bewirtschaftung der Abwässereinleitung nach Möglichkeit durch freie (z. B. genossenschaftliche) Abmachungen zwischen den beteiligten Werken. Zur Kontrolle über die tatsächliche Durchführung der Forderungen sollen für die Flussgebiete der Werra, Fulda, oberen Weser, Oker, Schunter, Aller, Leine, Innerste und mittleren Weser Flussüberwachungsstellen mit behördlichem Charakter auf Grund entsprechender Vereinbarungen unter den beteiligten Regierungen eingerichtet werden. Eine merkliche Erleichterung würde sich für alle Beteiligten ergeben, wenn die Schöpfstelle für das Bremer Wasserwerk an die Weser oberhalb der Allermündung verlegt würde. Noch besser wäre es, wenn Bremen seinen Bedarf an Trinkwasser durch die Anlage eines Grundwasserwerkes decken könnte, was nach den bisherigen, möglichst rasch und eingehend fortzusetzenden Versuchen nicht aussichtslos erscheint. Auf der anderen Seite betrachtet der Reichsgesundheitsrat die Einleitung der Kaliabwässer in die Flüsse nicht als die endgültige Lösung der Abwasserfrage, sondern als einen Notbehelf, der nur so lange duldbar erscheint, als die anderweitige Beseitigung der Abwässer noch nicht durchführbar ist. Weitere Bemühungen zur unschädlichen Beseitigung der Kaliabwässer, ohne diese in die Flüsse abzuleiten, sind dringend erforderlich.

Die Berücksichtigung wohl sämtlicher in Betracht kommenden Fragen gibt vorliegender Schrift dauernden Wert; ihre Lektüre bietet viel Anregung.

Spl. [BB. 80.]

Einführung in die Kolloidchemie. Ein Abriß der Kolloidchemie für Lehrer, Fabrikleiter, Ärzte und Studierende. Von Prof. Dr. Victor Pöschl, Direktor des Institutes für Warenkunde an der Handelshochschule Mannheim. 5. Aufl. Dresden und Leipzig 1919. Verlag von Theodor Steinkopff. M 7.—

Auf 140 Seiten wird man in vorzüglicher Weise in das Wesen der Kolloidchemie eingeführt. Verfasser hatte sich eine möglichst scharfe Fassung der Begriffe vorgenommen. Dies und die Kürze des gebotenen Raumes hätten ihn leicht zu allzu einseitigen Festlegungen verführen können. Er hat sich jedoch vor diesem Fehler gehütet. So führt er z. B. bei der Brownschen Bewegung eine Anzahl der verschiedenen Erklärungsversuche nebeneinander an. Auch der Abschnitt über die Verfahren zur Darstellung kolloider Lösungen geht auf viele Einzelheiten ein. Im optischen Teil tragen die zahlreichen Abbildungen sehr zum Verständnis bei. Die letzten Abschnitte weisen kurz auf die Bedeutung der Kolloidchemie für die Biologie, Medizin, Mineralogie und Technik hin.

R. E. Liesegang. [BB. 107.]

Chemisch-technische Spezialitäten und Geheimnisse. Von Dr. pharm. Max von Waldheim. 6. Aufl. A. Hartlebens Verlag in Wien und Leipzig. (Chemisch-technische Bibliothek. Band 45.) Geh. Kr. 8 = 6 M, geb. 9 Kr. 60 h. = M 7,20.

Wohl über 1500 Stichworte geben Auskunft über die Herstellung zahlreicher chemisch-technischer Gebrauchsartikel. Die Rezepte scheinen, wie eine größere Anzahl gemachter Stichproben beweisen, praktisch erprobt zu sein. Da die Neuauflage gegenüber der vorher-

gehenden wieder nicht unerheblich ergänzt worden ist, wird sie der chemisch-technischen Kleinindustrie willkommen sein, aber auch darüber hinaus unseren Fachgenossen von Nutzen sein.

Spl. [BB. 112.]

Qualitative Analyse unorganischer Substanzen. Von Heinrich Biltz. Mit 8 Figuren. 6. Auflage. Verlag von Veit & Co. Leipzig 1919. Preis geb. M 3,— und 30% Verlagsteuerungszuschlag.

In der Einleitung des Buches weist der Verfasser auf die von ihm schon früher im gleichen Verlag herausgegebene „Experimentelle Einführung in die unorganische Chemie“ hin, deren vorheriges Studium er dringend empfiehlt. Nach einigen für den Anfänger im analytischen Arbeiten sehr empfehlenswerten Ratschlägen bespricht er kurz die analytischen Operationen, den Gang der Analyse und geht nach den Vorprüfungen und Auflösen und Aufschließen der Substanz zur Prüfung auf die Metalle nach den einzelnen Gruppen über. Zum Schluß behandelt er die Wertigkeitsstufe der Metalle, die Prüfung auf Säuren und gibt eine kurze tabellarische Übersicht für die Trennung der Metalle. Die Anordnung sowie der Inhalt des Buches ist gut ausgewählt und übersichtlich. Zur Einführung in das praktische analytische Studium kann das Werk nur empfohlen werden.

Hohmann. [BB. 60.]

Lehrbuch der Physik und Chemie. B. Oberlyzeen. Chemie. Von Sumpf-Wachsmuth-Koch. 2. Auflage. Hildesheim und Leipzig 1919. August Sax, Verlagshandlung.

Das Buch enthält einen kurzen aber klaren Teil über allgemeine Chemie und die Eigenschaften der Mineralien nebst einem anorganischen und organischen Teil, zum Schluß werden die wichtigsten Kreisläufe der Elemente und die notwendigen biologischen Prozesse behandelt. Der Stoff ist auf das Wesentlichste beschränkt und doch wird das unbedingt Wichtige von vielen Seiten betrachtet. Dem Lehrer bleibt es ganz überlassen, wann er im Unterricht den allgemeinen Teil und die Ionentheorie behandeln will. Nach Besprechung leichter, grundlegender Versuche wird das Wesen chemischer Vorgänge faßlich gemacht, es werden die Schüler zu Übungen angeregt, zu eigenen Beobachtungen und selbsttätigem Denken angeleitet. Gleichzeitig dient das Buch seiner übersichtlichen, kurzgefaßten Zusammenstellungen und seines äußerst stoffreichen Inhaltes wegen als gutes sehr empfehlenswertes Repetitorium für Schüler aller Realanstalten. Der weiteren Begriffserfassung fremdsprachlicher Fachausdrücke hat der Verfasser durch Erklärungen in Fußnoten Raum gegeben, was unbedingt hervorgehoben zu werden verdient. Man trete kräftig für die Anschaffung des Buches ein.

Dr. Willy Gräfe. [BB. 88.]

W. Wien, Vorträge über die neuere Entwicklung der Physik und ihrer Anwendungen, gehalten im Baltenland im Frühjahr 1918 auf Veranlassung des Oberkommandos der 8. Armee. Leipzig 1919. Verlag von Johann Ambrosius Barth. 116 Seiten. Naturwissenschaftliche Vorträge im Felde gehalten. Band 2. M 6,—

In drei Vorträgen, „Neuere Errungenschaften der Physik“, „Physik und Erkenntnistheorie“, „Physik und Technik“, versucht der bekannte Forscher einen Überblick über die Entwicklung der Physik in den letzten Jahren zu geben. Daß dem Verfasser die Schwierigkeit, den gewaltigen Stoff in drei Vorträge zusammenzupressen, wohlbekannt war, zeigen die jedem Abschnitt reichlich angefügten Nachträge. Wie zu erwarten, hat Wien im ersten Vortrag sein Sondergebiet, die Strahlungerscheinungen, vor allem berücksichtigt. Gerade aber dieser Vortrag wird den Anforderungen, die man an eine gemeinverständliche Übersicht zu stellen berechtigt ist, infolge des ungewöhnlichen Stoffes nicht gerecht. Hier wäre weise Beschränkung dienlich gewesen. Um so besser ist es dem Verfasser gelungen, die beiden anderen Vorträge zu in sich geschlossenen und klaren Übersichten zu gestalten. Das Büchlein könnte, sofern bei einer Neuauflage der erste Abschnitt erweitert oder sein Inhalt beschränkt würde, rechten Nutzen stiften.

Hans Fischer. [BB. 14.]

Ingenieur O. Klepal, Handbuch der Kolbenkompressoren und Kolbenpumpen. Ziemsen Verlag. Wittenberg (Bez. Halle) 1919.

Geb. M 12,—

Wenn Fabrikbesitzer, Direktoren und Betriebsleiter in ihren Betrieben mit Kolbenkompressoren und -pumpen zu tun haben, oder vor der Anschaffung solcher Maschinen stehen, so werden sie gern nach einem Buche greifen, das ihnen die Wirkungsweise und Bauart dieser Maschinengattung in klarer und knapper Form auseinandersetzt und ihnen für die Wartung derselben mit guten Ratschlägen an Hand geht. In dem neu erschienenen Werk von O. Klepal finden sie alles, was man in dieser Beziehung erwarten kann. Auch dem Studierenden des Maschinenbaufaches kann dasselbe zur Einführung in den Maschinenbau warm empfohlen werden. Für den in diesem Spezialgebiet tätigen Ingenieur und Konstrukteur dürfte meines Erachtens die Arbeit etwas zu elementar gehalten sein. Verfasser gibt zunächst an klaren Schnittzeichnungen die Benennung und Bedeutung der einzelnen Bestandteile, erörtert dann die physikalischen und mechanischen Grundlagen, nach welchen die Hauptabmessungen der Maschinen zu bestimmen sind und schreitet dann

zur Berechnung der Einzelteile. Bei allen Rechnungen kommt Vf. mit der niederen Mathematik aus. Die Darstellung ist knapp und klar und durch Rechnungsbeispiele praktischer Aufgaben sehr anregend und belebend. Im ersten Fall werden die Kolbenkompressoren, im zweiten Teil die Kolbenpumpen behandelt. Druck, Papier und Ausstattung sind trotz der schlechten Verhältnisse in der Papierindustrie ganz vorzüglich.

Neidhardt. [BB. 3.]

Die neueren Wärmekraftmaschinen (2 Bändchen). I. Einführung in die Theorie und den Bau der Gasmaschinen. II. Gaserzeuger, Großgasmaschinen, Dampf- und Gasturbinen. Von Richard Vater, Geh. Bergrat, ord. Prof. an der kgl. Techn. Hochschule Berlin. 5. Auflage 20.—24. Tausend, mit 41 Abbildungen. 21. Bändchen. 4. Auflage 15.—19. Tausend, mit 43 Abbildungen. 86. Bändchen. Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. Verlag und Druck von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1918.

Preis für 1 Bändchen: Kriegseinband M 1,60, geb. M 1,90 und Teuerungszuschlag.

Die beiden Bändchen zeichnen sich durch eine große Klarheit, und Anschaulichkeit in der Darstellungsweise aus und werden durch vorzüglich ausgeführte schematische mit Gruppenkizzen bezeichnete Abbildungen erläutert. Das erste Bändchen geht nach allgemeinverständlichen Einführungen in das Gebiet der Mechanik und Erläuterung von fachtechnischen Ausdrücken und Betrachtungen der Überlegenheit der neueren Wärmekraftmaschinen über die älteren zu den Verpuffungsmaschinen (Gasmaschinen) für vergaste feste und vergaste flüssige Brennstoffe und zu den Gasmaschinen mit langsamer Verbrennung (den Dieselmashinen) über. Es soll, wie Verfasser selbst erwähnt, keine Übersicht über die verschiedenen Bauarten von Gasmaschinen, welche sich im Laufe der Zeit entwickelt haben, gegeben werden, sondern das Verständnis für die Art und Weise der Krafterzeugung in den neueren Wärmekraftmaschinen geweckt werden. Zum Schluß geht er auf einen Vergleich von Dampfmaschine mit Gasmaschine ein und beantwortet dabei die Frage, warum baut man noch Dampfmaschinen. Das zweite Bändchen stellt eine Ergänzung des ersten dar und behandelt die Gasmaschinen, und zwar zunächst die Gaserzeuger, geht dann zu den Großgasmaschinen und zu der neueren Entwicklung der Dieselmashinen über. Zum Schluß werden die Dampfturbinen und Gasturbinen treffend erläutert. Zur Einführung in das riesengroße Gebiet der Wärmekraftmaschinen können beide Bändchen bestens empfohlen werden, da sie tatsächlich das, was die Sammlung aus Natur und Geisteswelt ihren Lesern bieten will, auch bieten.

Hohmann. [BB. 24.]

Friedrich Meyenberg, Organisation und Selbstkostenberechnung von Maschinenfabriken. Verlag von Julius Springer. Berlin 1919. Geb. M 10.—

„Neben der Gediegenheit der hergestellten Waren und der Richtigkeit der betriebenen Preispolitik ist das Gedeihen eines industriellen Unternehmens hauptsächlich abhängig von der gesunden Gestaltung seiner inneren Organisation.“ Was ist nun aber eine gesunde innere Organisation? Darüber dürfte es wohl sehr verschiedene Meinungen geben, und aus der Fülle der vorhandenen Bücher, die meistens ein abgeschlossenes System als allein richtig anempfehlen, ist es schwer, für die gerade vorliegenden Verhältnisse das richtige herauszufinden. Da bietet nun das vorliegende Werk von Friedrich Meyenberg, das jetzt in zweiter Auflage bei Julius Springer erscheint, einen ausgezeichneten Leitfaden, um sich in die Grundgedanken der inneren Organisation eines industriellen Werkes einzuarbeiten. Der Vf. verwirft es, ein fertiges System anzupreisen und durch Einfügung fertiger Vordrucke zu erläutern, sondern er will überall nur das Wesen der Sache klarlegen, wonach dann in jedem einzelnen Fall die Form zu bestimmen ist. Es ist ihm gelungen, den gewaltigen Stoff in äußerst flüssiger und anregender Form zu meistern und dabei auch alle neuen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, welche die Kriegsverhältnisse mit sich gebracht haben.

Die Einteilung des Stoffes erfolgt nach der zeitlichen Folge der Erledigung eines Auftrages in 4 Abschnitten. Im ersten Abschnitt werden alle Einrichtungen besprochen, die zum H e r e i n h o l e n d e r A u f t r a g e nötig sind: Reklame, Kundenbesuch, Kostenanschlag und Bureaueinrichtung. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Vorbereitung der Auftragsausführung, wozu hauptsächlich die Konstruktionsabteilung mit ihren Nebenbetrieben: Lichtpausanstalt, Zeichnungssammelstelle, Patentabteilung usw. berufen ist. Im dritten Teil wird die A u s f ü h r u n g d e s A u f t r a g s behandelt: Rohstoffbeschaffung, -lagerung und -bearbeitung. Das letztere Kapitel gibt Veranlassung zur Darstellung des Verhältnisses zwischen Fabrik und Arbeiterschaft, wobei die verschiedenen Lohnsysteme einer eingehenden Kritik unterzogen werden. Im letzten Abschnitt werden die gesamten A b r e c h n u n g s a r b e i t e n besprochen, wobei besonderer Wert darauf gelegt wird, die Bedingungen für eine richtige Selbstkostenberechnung klarzulegen.

Wohltuend wirkt der gesunde soziale Sinn, der aus den Ausführungen des Vf. spricht und mit dem er alle vorhandenen Gegensätze zu beseitigen oder zu mildern sucht. Neidhardt. [BB. 38.]

Wahrscheinlichkeitsrechnung. 1. Grundlehren von Otto Meißner. 2. Auflage. Teubner, 1919.

In diesem Buche ist der Vf. mit Erfolg bemüht, dem Leser in leichtverständlicher Form die Grundlehren der Wahrscheinlichkeitsrechnung vom Einfachen zum Schwierigen übergehend zu entwickeln. Das Buch führt den Leser, ohne zu große Anforderungen an seine mathematischen Kenntnisse zu stellen, in das Gebiet der Wahrscheinlichkeitsrechnung ein und ermöglicht ihm gleichzeitig, sich bei einem Streben in schwierigere mathematische Probleme von kultureller Bedeutung zu vertiefen.

Der Vf. vermeidet im zweiten Teile bei der Behandlung des Bernoulli-Laplace-Poissonschen Satzes jede abstrakte Formel und macht auf leichtverständliche Weise den Leser mit verwickelten Fällen und Gesetzmäßigkeiten vertraut und schildert die Anwendungsbereiche der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Im Anhange werden auch kurz aber anschaulich die wichtigsten und nötigsten Formeln, so auch die für jeden Naturwissenschaftler so äußerst notwendigen Grundelemente der Differential- und Integralrechnung klargestellt.

Bemerkenswert ist auch die kurze Zusammenstellung geschichtlicher Notizen über die für das Buch in Betracht kommenden Mathematiker.

Wahrscheinlichkeitsrechnung. 2. Anwendungen von Otto Meißner. 2. Auflage. Teubner, 1919.

Hier bringt der Vf. in sachlicher, kurzer Darstellung Ausgleichsrechnung, Statistik und Kollektivmaßlehre. Besonders leichtverständlich für denjenigen, der mit Erfolg und Verständnis die Grundlehren (s. o.) durchgearbeitet hat. Allgemeinverständlich und anregend sind die vielseitigen Anwendungen der Wahrscheinlichkeitsrechnung auf den Gebieten der Physik, Chemie und Kosmologie behandelt worden, so die kinetische Theorie der Gase, das wichtige Entropiegesetz, den Wärmefeld der Welt, ferner die Theorien von Boltzmann, Maxwell und Arrhenius.

Dr. Willy Gräfe. [BB. 79.]

Elektrochemisches Praktikum. Von Dr. E rich Müller. 2. Aufl. 240 S. 75 Abb. 31 Schaltungsskizzen. Verlag von Theodor Steinkopff, Dresden und Leipzig 1919. Geh. M 10,— geb. M 13,—.

Das vorliegende Werk ist für Studierende bestimmt und setzt neben den Kenntnissen der allgemeinen und speziellen anorganischen und organischen Chemie und Experimentalphysik, die Kenntnis der wichtigsten theoretischen Vorstellungen und Gesetze der Elektrochemie voraus. Die Auswahl der Aufgaben ist derart getroffen, daß jeder Versuch mit einer anderen Erscheinung bekannt macht. Zunächst sind Aufgaben über einige grundlegende Gesetze zu lösen. Es folgt dann die Abscheidung der Metalle aus ihren Salzlösungen, die Herstellung wichtiger unorganischer Präparate, die Herstellung wichtiger organischer Präparate und schließlich schmelzflüssige Elektrolyse und elektrothermische Prozesse.

M. [BB. 62.]

Drähte und Kabel. Von H. B r i c k. Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 285. 2. Aufl. B. G. Teubner. Leipzig 1919. 112 S. 48 Abb. Kart. M 1,60

Nach einer kurzen Behandlung der wissenschaftlichen Grundlagen der elektrischen Leitung wird das Wissenswerteste über die Materialien für Drähte und Kabel, die Metalle und die Isolierstoffe mitgeteilt. Dann wird die Herstellung der blanken Drähte und der isolierten Drähte und die Herstellung der verschiedenen Arten von Kabeln besprochen. Es folgen die Lieferungsbedingungen und die Abnahmeprüfungen und die Verwendung von Drähten und Kabeln in verschiedenen Anwendungsfällen. Die Darstellungsweise ist dem Rahmen der Sammlung entsprechend gemeinverständlich gehalten und anregend.

Dr.-Ing. Monasch. [BB. 97.]

Rudolf Keller, Die Elektrizität in der Zelle. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller, 1918. Mit 4 Farbtafeln und zahlreichen Abbildungen. 261 Seiten.

Während der letzten Jahrzehnte hat die Bearbeitung der Frage über die Elektrizität in der Zelle große Fortschritte gemacht. Der Verfasser unternimmt es hier, sich mit den herrschenden Ansichten auf Grund seiner eigenen Arbeiten auseinanderzusetzen. Sein fleißiges Buch bringt eine brauchbare Zusammenfassung. Nachdem zunächst theoretische Betrachtungen vorausgeschickt sind, wird die Elektrizitätsverteilung in der lebenden Zelle behandelt. Vor allem kommt es dem Verfasser darauf an, einen mikroskopischen Elektrizitätsnachweis an der lebenden Zelle führen zu können. Trotz seiner jahrelangen Arbeit ist es Keller noch nicht gelungen, eine fertige Arbeitsweise vorlegen zu können. Indessen werden seine Ergebnisse für spätere Forschungen von großem Vorteil sein. Das Verdienst des Verfassers liegt zweifelsohne in dem Gedanken, daß die bisherigen Lebendfärbungen von Schnitten durch die elektrischen Ladungen der Zellen stark beeinflußt sind und „daß es“, wie Keller sagt, „durch Kontrollversuche mit entsprechend gewählten Anionen und Kationen gelingen muß, die elektrischen Ursachen der Lebendfärbung von den chemischen herauszuheben“. Es mag noch erwähnt sein, daß der Verfasser die Methode der Sauerstofffärbung von U n n a als eine reine Anodenfärbung, die mit M a c C a l l u m s

Kaliumreagens als Kathodenfärbung zu betrachten geneigt ist. Gute Abbildungen, sowohl im Text als auch auf den Farbtafeln, verbunden mit klarem Druck und gutem Papier, machen das Werk auch äußerlich zu einer angenehmen Erscheinung. *Hanns Fischer.* [BB. 149.]

Dr. Julius Obermiller, Der Kreislauf der Energien in der Natur, Leben und Technik. Leipzig 1919. Verlag von Johann Ambrosius Barth. 68 Seiten. Naturwissenschaftliche Vorträge, im Felde gehalten. Band 3. M 3,60

Das Werkchen führt in klarer Sprache vom Standpunkte des Chemikers aus alle die Beziehungen vor Augen, welche zwischen der großen Kraftquelle, der Sonne, und unserem eigenen Leben bestehen. In einzelnen scharf begrenzten Abschnitten hat Dr. Obermiller die wichtigsten Tatsachen festgelegt. Von der Erfindung der Dampfmaschine, Umwandlung der Wärme in andere Kraftformen, Verbrennungs- und Dieselmotoren, Akkumulatoren, Kohlelementen, Stapelfähigkeit der Kraftformen, Moorverwertung, Lichtmaschine, Lebensprozeß und Nahrungsmittel, Fette, Protoplasma, Stoffwechselkrankheiten, Düngung und Humus, künstliche Kohlenstoffdüngung, Bildung der Steinkohle, Umwandlung des Benzols in Farbstoffe und Heilmittel bis zu Explosivstoffen, Radium und vielen anderen Dingen mehr, lichtet der Verfasser den Schleier, der die Abstammung aller Kräfte von der Sonne verdeckt. Besonders den Studierenden der Naturwissenschaften wie auch sonst jedem, der sich einen Überblick über diese Dinge zu verschaffen wünscht, wird das gut ausgestattete und klar gedruckte Büchlein zu empfehlen sein.

Hanns Fischer. [BB. 12.]

F. Machatschek, Physiogeographie des Süßwassers. (Aus Natur und Geisteswelt. Leipzig, Teubner, 1919.) 120 S., 24 Textabbildungen.

Das kleine Buch orientiert sehr gut über die Gletscher, im allgemeinen und über Quellen und Seen. Dagegen vermag die Flußkunde den Leser wenig zu befriedigen. Die Fragen der Gestaltung des Flußlaufs werden als zur Geomorphologie gehörig ausgeschieden. Was dann noch bleibt, ist im wesentlichen ein Auszug aus der Flußkunde von Graevenius und ist geradezu völlig ungeographisch, rein hydrotechnisch wie diese. Was würde man zu einer Klimatologie sagen, in der zwar sehr ins Einzelne gehende Vorschriften über die Anstellung von Temperaturbeobachtungen gegeben würden, aber keine einzige Jahrestemperatur eines Ortes auf der Erde angeführt würde, außer der von Kairo? So aber ist es hier mit der Wassermenge der Flüsse genügt. Vom Weißen und Blauen Nil wird sie mitgeteilt, sonst von nicht einem Fluss!

„Zwei Atome Wasserstoff und ein Atom Sauerstoff vereinigen sich zu zwei Volumteilen Wassergas“ ist eine Nachlässigkeit im Ausdruck, die nicht vorkommen sollte.

Schulpforta.

L. Henkel. [BB. 55.]

Im Steinkohlenwald. Von Wilh. Bölsche. Mit zahlreichen Abbildungen von Rud. Oeffinger. 16. Aufl. 1918.

Von Reiz- und Rauschmitteln. Unsere wichtigsten Genußmittel nach Zusammensetzung, Gewinnung und Mengen. Von Dr. Alfred Hasterlik. Mit 7 Kapitelbildern von Willy Planck. 1918.

Zwei Bücher aus der Frankh'schen Buchhandlung (Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde), Preis je 1,50 M. Die Kosmosbüchlein sind ja in der naturwissenschaftlich interessierten Leserwelt bestens bekannt. Ein „Bölsche“ bedarf vollends nicht erst einer Empfehlung; dafür ist ja schon Beweis genug die Tatsache, daß das Bändchen schon in 16. Auflage erschienen ist. Ein großer und wichtiger Abschnitt der Entwicklungsgeschichte unserer Erde wird uns hier in packender Form vor Augen geführt.

[BB. 57.]

Hasterlik's Bändchen von den Reiz- und Rauschmitteln reiht sich ihm würdig in der fesselnden Darstellungsweise an. Gewürze und Würzen, Kaffee und seine Ersatzstoffe, Tee und seine Ersatzstoffe, Kakao und Schokolade, Bier, Wein, Brannwein und Likör sind in einzelnen Kapiteln behandelt, die in gemeinverständlicher Form Auskunft geben von der Gewinnung und der Zusammensetzung der Stoffe. Auch die statistischen Angaben sind für jedermann lehrreich. Die Zahl der Reiz- und Rauschmittel hätte freilich nicht nur aus denen, die der Wissenschaft bekannt sind, sondern auch aus denen, die in täglichen Leben der verschiedenen Völker gebraucht werden, um ein gut Teil erweitert werden können. Tabak, Opium, Hanf sind solche Schulbeispiele, die man auf Grund des Titels unbedingt in einer populären Schrift sucht.

Scharf. [BB. 61.]

Biotechnologie der Fleisch-, Fett- und Milcherzeugung im landwirtschaftlichen Großbetriebe für naturwissenschaftlich gebildete Landwirte von Karl Erey. 84 S. Berlin 1919. Verlagsbuchhandlung Paul Parey. Geh. M 4,— u. 20% Teuerungszuschlag.

Alle Arbeitsvorgänge, bei denen aus den Rohstoffen mit Hilfe lebender Organismen Konsumartikel erzeugt werden, weist Verfasser dem Gebiet der „Biotechnologie“ zu. Nach dem Vorbild der auf diesem Wege zur Blüte gelangten deutschen chemischen Industrie fordert Verfasser die Neuorganisation der Lebensmittelproduktion mit Hilfe der Naturwissenschaften auf kapitalistischer Grundlage.

Wie klaren, auch für weitere Kreise gut verständlichen Ausführungen des Verfassers verdienen weiteste Beachtung, sind wir doch mehr denn je zuvor abhängig von der Gestaltung unserer eigenen landwirtschaftlichen Lebensmittelherstellung. Möge jeder brauchbare Hinweis auf ihre Entwicklungsmöglichkeit zum Baustein an deutscher Zukunft werden.

M.-W. [BB. 87.]

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Münchener Chemische Gesellschaft.

Sitzung vom 28.7. 1919 im Universitätslaboratorium für angewandte Chemie.

Vorsitzender: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Theodor Paul.

Dr. A. Schleicher: *Über die Anwendung des Symmetriebegriffes auf die Konstitution chemischer Verbindungen.*

Seit Pasteurs Unterscheidung von Molekülen, die mit ihrem Spiegelbild deckbar und solchen, die mit ihm nicht deckbar sind, ist der Symmetriebegriff bei konstitutionellen Problemen gebräuchlich. Symmetriearchse, -ebene und die Drehspiegelung gehören zum theoretischen Rüstzeug des Stereochemikers. Es gibt aber noch Symmetrieescheinungen in der Krystallographie, die auch in der Konstitution chemischer Verbindungen zu erkennen sind¹⁾. Eine große Gruppe umfassen die Zwillingsbildungen des rhomboedrischen Kalkspats, die sich auch bei einer großen Zahl von Kohlenwasserstoffen vorfinden. Erteilt man dem Äthan einen rhomboedrischen Kräfteaufbau, d. h. verlegt man seine sechs gleichwertigen Bindungen C—H in die sechs Flächen desselben derart, daß sie von den Pol ecken ausgehend nach den Mittellecken verlaufen, so erscheinen I. Die normalen, gesättigten Kohlenwasserstoffe als polysynthetische Zwillinge oder Viellinge. Zwillingsebene bildet die Gruppe CH₃, als negatives Rhomboeder. Bei großer Häufung und lamellarer Ausbildung nehmen die Viellinge die Gestalt eines rhombischen Prismas an. Dem entspricht das von den Anfangsgliedern durchaus abweichende Verhalten der höchsten Homologen (Paraffine). Die isomeren gesättigten Kohlenwasserstoffe mit verzweigter Kohlenstoffkette lassen sich dann als zyklische Viellinge nach demselben Gesetz deuten.

Zweitens entsprechen den ungesättigten Kohlenwasserstoffen mit doppelter Bindung Zwillinge nach dem positiven Rhomboeder. Zwillingsebene ist die Bindung C—H. Beim Butadien kann eine Inaktivierung der mittelständigen Bindungen C—H eintreten. Den Acetylen entsprechen drittens Zwillinge nach der Basis, das Kohlenstoffatom erscheint als Zwillingsachse. Für die Stabilitätsverhältnisse folgt aus dieser Übertragung, daß sie lediglich bedingt werden durch die Anzahl der Bindungen, die sich am Aufbau des Ganzen beteiligen. Propan ist stabiler als Propylen und dieses beständiger als Allylen, weil es jeweils mehr Bindungen C—H aufweist.

Eine durch Zwillingsbildung mimetische Konstitution besitzt das Benzol. Es ist ein Triacetylendrilling, täuscht die Symmetrie eines hexagonalen Prismas vor und erstrebt die Beständigkeit des Athans. Während dieses aber nur ein symmetrisches Disubstitutionsprodukt bildet, liefert jenes drei. Die Gleichwertigkeit der sechs Bindungen entspricht nicht der eines einzelnen Individuums, sondern ist drei gleichen entliehen.

Die gefundene Analogie ist keine zufällige, sondern eine gesetzmäßige. Es ist ein dem Gesetz der rationalen Achsenabschnitte analoges der chemischen Bindungsenergie zu erwarten und demnach sind auch alle Symmetriemöglichkeiten der Krystalle bei den chemischen Konstitutionen vorauszusehen, was durch experimentelle konstitutive Forschung bewiesen werden kann.

¹⁾ Vgl. Schleicher, „Formale Stereochemie einiger wichtiger Kohlenwasserstoffe“. München und Berlin. R. Oldenbourg, 1917.

Hauptversammlung 1919 zu Würzburg.

Wie schon wiederholt hingewiesen, bitten wir die Mitglieder, im Interesse der Wohnungsangelegenheit, bei der großen Überfüllung der Würzburger Hotels, die Anmeldungen bis spätestens zum 15. August an die Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel, Würzburg, Köllikerstr. 2, unter Angabe der Preislage, der Zeidauer des Aufenthaltes, der gewünschten Bettenzahl und der genauen Adresse zu richten.

Verein deutscher Chemiker.

Entwurf eines Gesetzes betr. die Vermögenssteuer.

Der Verein wurde von seiten des Vereins für den Schutz gewerblichen Eigentums aufgefordert, sich an der Bearbeitung von Fragen, die sich aus dem Entwurf des Vermögenssteuergesetzes ergeben, zu beteiligen.

Die Eingabe, die von dem betreffenden Ausschuß ausgearbeitet und an die Reichsregierung und die Nationalversammlung abgeschickt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 16./7. 1919
W., Wilhelmstr. 57/58.

Betrifft den Entwurf eines Gesetzes einer Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, Vorlage Nr. 373.

Die unterzeichneten Verbände halten es für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß der Entwurf eines Gesetzes einer Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs Bestimmungen enthält, die für die Erfinder und geistigen Urheber besonders hart und ungerecht sind und dadurch eine Gefährdung der Interessen der geistigen Arbeiter in Technik, Wissenschaft, Schrifttum und Kunst mit sich bringen, also derjenigen, die berufen sind, die wichtigsten Bausteine zu unserem wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufbau beizutragen.

I.

Nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes (vom 3./7. 1913), die für die Feststellung des Vermögens vom 31./12. 1918 maßgebend sein sollen, werden fortlaufende Leistungen aus der Verwertung von gewerblichen und geistigen Urheberrechten (Erfundenen, Patenten, Gebrauchsmustern, Geschmacksmustern, Werken der Literatur, der Tonkunst und der bildenden Künste), sofern die Dauer dieser Nutzungen unbestimmt ist, mit dem $12\frac{1}{2}$ fachen des einjährigen Betrages veranschlagt.

Das Preußische Ergänzungsteuergesetz, das nach der Praxis der Preußischen Veranlagungsbehörden auch für das Gebiet des Besitzsteuergesetzes gilt, legt für die Veranlagung solcher fortlaufenden Leistungen und Nutzungen den Geldwert des im letzten Leistungsjahr bezogenen Betrages zugrunde. Das würde das Jahr 1918 sein. Hieraus würde sich ergeben, daß Erfinder, Patentinhaber oder andere Urheberberechtigte ihre gewerblichen oder geistigen Urheberrechte, die sie gegen Zahlung fortlaufender Gebühren (Lizenzzgebühren, Tantiemen usw.) veräußert oder an denen sie Nutzungsrechte (Verlagsrechte, ausschließliche oder einfache Lizenzen) erteilt haben, zu dem Wert einsetzen müssen, den der $12\frac{1}{2}$ fache Betrag der im Jahre 1918 bezogenen Einnahmen ergibt.

Es bedarf keines Hinweises, daß eine solche Berechnungsart für die Wertbestimmung von Erfundenen, Patenten, Schrift- oder Kunstwerken durchaus willkürlich und höchst ungerecht ist. Erfahrungsgemäß sind die Tantiemen oder Lizenzeinnahmen aus der Verwertung solcher Rechte den stärksten Schwankungen unterworfen. In der Anfangszeit bringen sie meist überhaupt keinen Ertrag; ein Zufall kann aber eine plötzlich erhebliche Einnahme bringen, worauf häufig wieder ein starkes Nachlassen oder vollständiges Verschwinden von Tantiemen einsetzt. Ursache ist auf dem Gebiete der Technik der Wandel der wirtschaftlichen Verhältnisse und seiner technischen Voraussetzungen, auf dem Gebiete des geistigen Urheberrechts der Wechsel im Tagesgeschmack. Ganz besonders der Krieg hat anomale Verhältnisse und Bedürfnisse zutage treten lassen; viele Erfundenen, die in normalen Zeiten nicht oder kaum verwertbar waren, haben eine plötzliche Bedeutung erlangt, die ebenso unvermittelt wieder aufhört, wie sie eingesetzt hat.

Erfinder oder Patentinhaber, die den Wert einer Erfahrung unter Zugrundelegung einer einmaligen hohen Einnahme veranschlagen müssen, werden, wie die Praxis zeigt, dadurch zu einer Steuer herangezogen, die den Wert ihres gesamten gegenwärtigen und auch für den Rest ihrer Lebenszeit zu erwartenden Vermögens erheblich überschreiten kann. Es bliebe solchen unglücklichen Erfundenen die einzige Rettung übrig, ihre Patente verfallen zu lassen oder ihre Urheberrechte für frei zu erklären, um dadurch auf die auf unbestimmte Zeit festgesetzten fortlaufenden Nutzungen vollständig zu verzichten.

Will man diese Folgen, welche für die Technik und das Geistesleben geradezu verhängnisvoll werden würden, vermeiden, wird man dem steuerpflichtigen Erfinder oder Urheber oder Patentinhaber die Wahlmöglichkeit gewähren müssen, seine Schutzrechte entweder nach der Bestimmung des § 37 des Besitzsteuergesetzes oder nach dem gemeinen Wert einzuschätzen, der unter Zugrundelegung aller seit Bestehen des Schutzrechts bezogenen Nutzungen oder der künftigen Nutzungsaussichten berechnet werden müßte.

Der Hinweis auf die zur Vermeidung von Härtungen vorgesehene Bestimmung des § 34 des Entwurfs ist nicht geeignet, die dargelegten Bedenken zu entkräften, da die Verweisung auf das Wohlwollen der Landesbehörden den Beteiligten keine Sicherheit vor

einer schweren Gefährdung oder Schädigung ihrer Interessen gibt. Es muß vielmehr verlangt werden, daß den in Betracht kommenden Steuerpflichtigen ein rechtlicher Anspruch auf Prüfung der von ihnen beigebrachten Schätzungsunterlagen in einem gerichtlichen Verfahren gegeben werde.

Auch bei der vorgeschlagenen Veranlagung besteht immer noch die Gefahr, daß künftige Verwertungsmöglichkeiten erheblich überschätzt werden, und daß ein für aussichtsvoll gehaltenes Schutzrecht infolge besonderer Umstände sich plötzlich als vollkommen wertlos erweist. In solchen Fällen müßte nach dem Vorbilde des Preußischen Einkommensteuergesetzes den Steuerpflichtigen ein Anspruch auf Herabsetzung der Steuer im Wege der Nachveranlagung gewährt werden. Auch für die Prüfung dieses Anspruchs muß ein Gerichtsverfahren gefordert werden.

Die Notwendigkeit, der Steuerpflicht der Steuerzahler einen Anspruch auf eine richterliche Festsetzung der Steuerleistung gegenüberzustellen, kann nicht nachdrücklich genug betont werden. Denn ohne ein unbedingtes Vertrauen in die Gerechtigkeit der Steuergesetzgebung und ihre Handhabung wird das Volk niemals zu dem richtigen ethischen Verständnis für die Notwendigkeit der Unterwerfung unter die unvermeidlichen schweren Steuerlasten erzogen werden können.

II.

Ebenso unbillig und schädlich sind die Folgen, die sich aus der im Entwurf vorgesehenen Festsetzung des Vermögenszuwachses für solche Erfinder und Urheber ergeben, die ein am 1./7. 1914 schon bestehendes Schutzrecht in der Zwischenzeit mit gutem Erfolg verwertet haben.

Regelmäßig erfolgt eine Verwertung in der Weise, daß das Schutzrecht (Patent, Muster oder Urheberrecht) veräußert oder durch Gewährung ausschließlicher oder einfacher Lizenzen belastet wird. Immer gibt also der Erfinder oder Urheber für den ihm gewährten Preis oder die ihm bewilligten Honorar- oder Tantiemensätze einen Gegenwert, um den sein Vermögen verringert wird, und der somit am Ende der Veranlagungsperiode nicht mehr in seinem Vermögen vorhanden ist.

Die Schwierigkeit entsteht nun dadurch, daß der Wert von Schutzrechten bis zu dem Zeitpunkt, an dem eine erhebliche Verwertung einsetzt, überhaupt nicht geschätzt werden kann. Alle solche Schutzrechte stellen ausnahmslos in der Anfangszeit einen Verlustposten dar, dessen Betrag unter Umständen sogar außerordentlich erheblich sein kann. Dieser Verlustposten setzt sich zusammen aus den eigenen Aufwendungen an Geld und Zeit und namentlich auch aus den eigenen auf das Hervorbringen einer Erfahrung oder eines Werkes, auf ihre Ausgestaltung und Einführung aufgewandten Arbeit, zu der noch die eigenen während dieser Zeit aufgewendeten Unterhaltungskosten zuzuziehen sind.

Solche Erfinder, die eine kaufmännische, doppelte Buchführung haben, pflegen bekanntlich solche Aufwendungen auf der Aktivseite zu buchen, da sie den inneren Wert der Sache darstellen. Ein vorsichtiger Geschäftsmann wird aber im Interesse einer ehrlichen und soliden Bilanzgebarung sich bestreben, solche unsicheren Werte abzuschreiben, so daß in kaufmännischen Bilanzen solche Schutzrechte nach einiger Zeit meist mit einem geringen Betrag, bis zu 1 M herunter, zu Buch stehen. In die Vermögenssteuererklärungen könnten solche Schutzrechte, obwohl sie an und für sich steuerbare Gegenstände sind, überhaupt nicht aufgenommen werden, da sie keine positiven, sondern wie dargelegt, reine Verlustposten darstellen.

Ergibt sich nun später, in der Zwischenzeit, eine erhebliche Einnahme aus der Verwertung solcher Schutzrechte, so beweist dies, daß das Schutzrecht tatsächlich einen Wert besaß, und zwar einen größeren Wert, als der Inhaber seinerzeit annehmen konnte. Dieser tatsächliche Wert muß — auch dem Sinne des Entwurfs entsprechend — für die Festsetzung des Anfangsvermögens zugrunde gelegt werden. Die Schwierigkeit liegt darin, daß es sich hier um Gegenstände handelt, die zwar an sich steuerbar waren, aber wegen der Unmöglichkeit, den richtigen Weg des Vermögensgegenstandes zu erkennen und einzusetzen, bei der Wehrsteuererklärung nicht mit diesem Wert angegeben werden sind. Nach § 4 Abs. 2 des Entwurfs ist zwar eine Berichtigung der Besitzsteuererklärung möglich, aber nur im Falle eines Rechtsirrtums der Steuerbehörde oder des Abgabepflichtigen. In den dargelegten Fällen handelt es sich aber nicht um einen Rechtsirrtum, sondern um die tatsächliche Unmöglichkeit, den wahren Wert des Schutzrechts festzusetzen, da dieser latent schon vorhandene Wert sich erst in der Zukunft offenbart.

Diese Verhältnisse sind für die Immateriagüterrechte typisch. Es ist daher gerechtfertigt und auch angesichts der großen volkswirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung des gewerblichen und geistigen Schaffens erforderlich, daß diese Verhältnisse in dem Gesetz über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs besonders berücksichtigt werden.

Dies führt zu der Forderung, für die Berechnung der aus gewerblichen oder geistigen Schutzrechten während des Krieges gezogenen Gewinne eine dem § 23 der Ausführungsbestimmungen zu dem Kriegssteuergesetz nachgebildete Bestimmung zugrunde zu legen. Solche Rechte müßten statt mit dem Buchwert der letzten Friedensbilanz oder statt mit dem Betrag der Besitzsteuererklärung mit dem wirklichen Wert eingesetzt werden, den sie ausweislich der inzwischen erfolgten Verwertung schon zur Zeit der ersten Besitzsteuererklärung hatten.

Auf Grund vorstehender Darlegungen bitten wir, folgende Vorschläge in Erwägung zu ziehen:

1. Die Festsetzung des Anfangswerts von gewerblichen und geistigen Urheberrechten hat nach freier Schätzung unter Berücksichtigung der inzwischen ermittelten Verhältnisse zu erfolgen, ohne Rücksicht auf die Beträge, mit denen diese Schutzrechte bei der erstmaligen Besitzsteuererklärung eingesetzt worden sind.¹⁾
2. Eine sich hieraus ergebende Berichtigung der erstmaligen Besitzsteuererklärung ist zulässig, auch wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 des § 4 des Entwurfs nicht zutreffen, sofern der Abgabepflichtige nachzuweisen vermag, daß bei Abgabe der erstmaligen Besitzsteuererklärung der wahre Anfangswert des Schutzrechts nicht ermittelt oder festgesetzt werden konnte.
3. Der Abgabepflichtige ist gehalten, den aus dieser Berichtigung sich ergebenden Betrag, um den sein Vermögenszuwachs zu gering angesetzt wurde, nachzuzahlen.
4. Bei der Festsetzung des Anfangswerts eines Schutzrechts sind auch die auf das Schutzrecht gemachten eigenen Aufwendungen an Geld, Zeit und eigener Arbeitskraft in Anrechnung zu bringen.
5. Vermag der Abgabepflichtige nachzuweisen, daß seine Schutzrechte im Hinblick auf künftige Verwertungsmöglichkeiten überschätzt worden sind, steht ihm ein gesetzlicher Anspruch auf Nachveranlagung zu.
6. In allen Fällen steht dem Abgabepflichtigen gegen die Entscheidung der Steuerbehörde der Rechtsweg offen. Gerichtsbarkeit und Verfahren sind gesetzlich festzusetzen.

Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums.

Verein Deutscher Chemiker.

Bund der technisch-industriellen Beamten.

Verein Deutscher Ingenieure. Bund technischer Berufsstände.

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure.

Entwurf der Satzungen des Sozialen Ausschusses.¹⁾

Aufgestellt auf Grund der Aussprache in der Sitzung des Vorstandsrates vom 10./5. 1919.

Zweck.

1. Der Soziale Ausschuß ist ein dem Vorstand beigeordnetes Vereinsorgan, das dem Zweck dient, grundsätzliche allgemeine, den Chemikerstand berührende Fragen wirtschaftlicher oder sozialer Natur unter gleichberechtigter Mitarbeit der Gruppen des Vereins zu beraten, sowie auf einen Ausgleich vorhandener Gegensätze oder auf eine Schlichtung entstandener Streitigkeiten hinzuwirken.

Zusammensetzung.

2. Der Soziale Ausschuß setzt sich zusammen aus:
 - I. 5 Arbeitnehmern,
 - II. 5 Arbeitgebern,
 - III. 3 neutralen Mitgliedern, darunter mindestens 2 Hochschulprofessoren,
 - IV. dem Rechtsbeistand des Vereins.

Außerdem wird in jeder der drei ersten Gruppen eine der Zahl der Mitglieder gleiche Anzahl von Stellvertretern gewählt. Alle Mitglieder des Ausschusses sowie die Stellvertreter müssen Mitglieder des Vereins sein.

Wahl.

3. Die Wahl der Mitglieder des Sozialen Ausschusses zu I—III sowie der Stellvertreter erfolgt durch die Vertreterversammlung. Die Wahl der Mitglieder und Stellvertreter der Gruppen I und II erfolgt auf Grund von Vorschlagslisten, die

in Gruppe I von dem Bund der angestellten Chemiker und Ingenieure,

in Gruppe II von dem Arbeitgeberverband aufgestellt werden.

Der Vorstand hat spätestens zwei Monate vor der ordentlichen Vertreterversammlung (Satz 10., Abs. 2 der Vereinssatzungen) den Angestelltenbund und den Arbeitgeberverband um Einsendung der Vorschlagsliste zu ersuchen, unter gleichzeitiger Übersendung des derzeitigen Mitgliederverzeichnisses. Die Vorschlagslisten sollen die

¹⁾ Änderungen und Zusätze bleiben der Beratung im Vorstandsrat auf der Hauptversammlung vorbehalten. Vorschläge hierfür werden an die Geschäftsstelle erbeten.

doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthalten.

Die Vertreterversammlung ist an die Vorschläge der beiden Verbände gebunden.

Die Mitglieder und Stellvertreter der Gruppe III werden in gleicher Weise wie die Vorstandsmitglieder auf Grund von Vorschlagslisten der Bezirksvereine gewählt; für diese Listen gilt das unter 3. Gesagte.

4. Die Amtszeit der Mitglieder und Stellvertreter des Sozialen Ausschusses beträgt in den Gruppen I—III 3 Jahre.

In jedem Jahr sind so viele Mitglieder und Stellvertreter jeder Gruppe zu wählen, daß die volle Zahl von Mitgliedern erreicht wird. Wiederwahl ist zulässig.

5. Für die ersten 3 Jahre nach der Festsetzung der neuen Satzung werden die ausscheidenden Mitglieder und Stellvertreter durch das Los bestimmt. In den Gruppen I und III scheiden in den beiden ersten Jahren je 2 Mitglieder und je 2 Stellvertreter, im 3. Jahre je 1 Mitglied und 1 Stellvertreter aus. In der Gruppe III scheidet in jedem Jahre 1 Mitglied und 1 Stellvertreter aus.

6. Die Ersatzwahl für Mitglieder und Stellvertreter, die außer der Reihe ausscheiden, erfolgt für die Amtszeit des Ausgeschiedenen nach den Vorschriften von Satz 3 und 4 auf der nächsten ordentlichen Vertreterversammlung.

Tätigkeit des Sozialen Ausschusses.

7. Der Soziale Ausschuß wählt jährlich aus seiner Mitte den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Schriftführer, deren Amtszeit von dem Zeitpunkt ihrer Wahl bis zu der der nächsten ordentlichen Vertreterversammlung folgenden Gründungssitzung währt.

8. Der Soziale Ausschuß hat Anregungen und Vorschläge, die ihm von seinen Mitgliedern oder Stellvertretern, von dem Vorstande, der Vertreterversammlung und einzelnen Bezirksvereinen zugehen, zu berücksichtigen.

9. Die Beratungen werden durch Berichte einzelner Mitglieder oder Stellvertreter oder gewählter Unterausschüsse und erforderlichenfalls durch Umfragen vorbereitet. Die Beratungen können schriftlich oder in gemeinsamen Sitzungen erfolgen. Die Leitung der Sitzungen obliegt dem Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden.

Über das Ergebnis der Beratungen ist von dem Schriftführer oder einem dazu bestellten Mitglied ein Sitzungsbericht aufzusetzen, der sämtlichen Mitgliedern und den Stellvertretern sowie dem Vorstand des Vereins zu Händen des Vorsitzenden zuzusenden ist. Ebenso ist über schriftliche Beratungen und Abstimmungen ein Bericht zu erstatten.

10. Die Stellvertreter sowie der Rechtsbeistand haben in der Sitzung beratende Stimme.

Bei Abstimmung ist das Stimmverhältnis in den Sitzungsbericht aufzunehmen.

11. Der Soziale Ausschuß tagt wenigstens einmal im Jahre gelegentlich der ordentlichen Vertreterversammlung.

Andere Sitzungen kann der Vorsitzende nach Bedarf einberufen. Er hat eine Sitzung einzuberufen, wenn dies von mindestens 5 Mitgliedern gefordert wird.

12. Unterausschüsse, die zur Beratung besonderer Fragen eingesetzt sind, können nach Bedarf zu einer Sitzung zusammenentreten, nach vorheriger Verständigung mit dem Vorsitzenden.

13. Die Einladungen zu den Vollsitzungen des Sozialen Ausschusses sind samt der Tagesordnung 14 Tage vorher in der Vereinszeitschrift zu veröffentlichen.

14. Der Vorstand und die Bezirksvereine sind berechtigt, einzelne Mitglieder zur beratenden Teilnahme an den Vollsitzungen des Sozialen Ausschusses zu entsenden. Vor Eintritt in die Sitzung sind die Vollmachten dieser Teilnehmer zu prüfen. Die Mitglieder des Sozialen Ausschusses der Bezirksvereine (Soziale Bezirksausschüsse) sind jederzeit berechtigt, an den Vollsitzungen des Sozialen Ausschusses teilzunehmen.

15. Der Soziale Ausschuß erstattet jährlich der Vertreterversammlung und der Mitgliederversammlung Bericht über seine Tätigkeit.

Anträge und Anregungen, die eine Beschlusffassung der Vertreterversammlung bezeichnen, sind zeitig dem Vorstande zur Aufnahme in die Tagesordnung der Vertreterversammlung zu übermitteln.

Finanzen des Sozialen Ausschusses.

16. Die Kosten für die Tätigkeit des Sozialen Ausschusses trägt der Verein.

Die Mitglieder oder Stellvertreter haben für die Teilnahme an den Sitzungen Anspruch auf gleiche Entschädigung wie die Teilnehmer der Vertreterversammlung. Die Kosten für die Anwesenheit von Vertretern der Bezirksvereine in den Sitzungen des Sozialen Ausschusses werden von den Bezirksvereinen getragen.

17. Der Soziale Ausschuß hat jährlich dem Vorstand einen Rechenschaftsbericht und einen Voranschlag für das nächste Jahr einzureichen.